

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.18/19 - 63. Jahrgang

28. September 2013



Glückwünsche für Klaus Wowereit

Am 1. Oktober feiert Berlins Regierender Bürgermeister seinen 60. Geburtstag.

„Er kann das, was wirklich nicht alle können: Vom Intendanten und der Professorin genauso verstanden und gemocht zu werden wie von der Wilmersdorfer Rentnerin, dem Bauarbeiter in Treptow oder den Jugendlichen in Neukölln“, sagt der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß über ihn. Das zeigte sich zuletzt im Wahlkampf wieder: Da, wo Klaus Wowereit auftauchte, ob in Berlin oder Schorndorf, Heidelberg oder Frankfurt/M., ist er umringt von Bürgerinnen und Bürgern, die ihm die Hand drücken oder ein Autogramm haben wollen.

Er bewegt Menschen - so wie er auch Berlin bewegt hat. Die Stadt hat sich seit 2001 verändert, sie ist lebendig geworden, zieht Menschen aus aller Welt an, die hier neue kreative Ideen entwickeln. Gleichzeitig blieb der Blick auf die soziale Entwicklung gerichtet, auf das Miteinander in der Stadt. Klaus Wowereit setzte den von ihm propagierten Mentalitätswechsel durch - und trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen gewann er nach 2001 auch 2006 und 2011 mit der Berliner SPD die Wahlen. Im Vorwärts fasste Jan Stöß es in dem Satz zusammen: „Die Berliner SPD gratuliert nicht nur, sondern sagt auch: Danke, Klaus Wowereit!“ **uh** □

Regierungsbildung:

„Die SPD bewirbt sich nicht“

Kein Wunsch-Ergebnis - Höhere Zugewinne in Berlin

Auf einem Parteikonvent, der am Freitagabend (nach Redaktionsschluss) im Willy-Brandt-Haus tagte, hat die SPD die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl beraten.

Die Parteispitze hat vor dem Konvent keinerlei Aussagen zu möglichen Koalitionen gemacht. „Die SPD bewirbt sich nicht für eine Regierungsbildung“, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Ob sie sich daran beteiligen werde, sei „ergebnisoffen“.

Die SPD habe keinen Regierungsauftrag bekommen, so der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Am Montag fasste der Berliner SPD-Landesvorstand einen Beschluss, der sich gegen vorschnelle Entscheidungen und für eine Beteiligung der Mitglieder ausspricht. Einzelne Landesverbände und mehrere Berliner Kreise wandten sich in Beschlüssen gegen eine Große Koalition. Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auf die großen Unterschiede in der Programmatik, aber auch auf die ungleichen Verhältnisse im Bundestag, wenn nur die zwei kleineren Parteien in



Kämpfte für Rot-Grün: Peer Steinbrück - hier bei der Kundgebung am Alexanderplatz in der vergangenen Woche.
Foto: Horb

der Opposition blieben. CDU/CSU haben im neuen Bundestag 311 Sitze, die SPD 192, die Linke 64, die Grünen 63 von insgesamt 630 Sitzen.

In Berlin hat sich die SPD stärker als im Bundestrend verbessert, sie gewann 4,4 Prozent hinzu und stellt künftig 8 statt 5 Abgeordnete. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Frauenanteil von 42 Prozent (CDU/CSU 24 Prozent). **uh** □

Siehe auch Seite 2 - 6 und S. 9

Gegen Verzögerungstaktik

SPD will handlungsfähiges Berliner Stadtwerk

Ein Berliner Stadtwerk zur landeseigenen Stromerzeugung könnte bereits nach vier bis fünf Jahren schwarze Zahlen schreiben. Das geht aus einem Gutachten hervor, das Stadtentwicklungssenator Michael Müller in Auftrag gegeben hat.

„Weitgehend geringe betriebswirtschaftliche Risiken“ attestieren die Gutachter den Plänen. Gleichwohl verhinderte die Berliner CDU bisher die notwendige Anschubfinanzierung. Zudem kann das Stadtwerk nur dann Stromkunden gewinnen, wenn es die Stromlieferung sicherstellen kann. Deshalb muss besonders in der Anfangsphase der Ökostrom-Produktion auch der Zukauf von Energie an der Strombörse

möglich sein. Auch dagegen wandte sich die CDU.

Die SPD warf der CDU jetzt Verzögerungstaktik vor. Die SPD erwarte die Einhaltung der entsprechenden Vereinbarungen mit der CDU vom vergangenen Dezember, so der Fraktionsvorsitzende Saleh und der Landesvorsitzende Stöß. Am Donnerstagabend tagte auf Antrag der SPD dazu der Koalitionsausschuss. **BS** □

IN DIESER AUSGABE:

SALEH ZUR REKOMMUNALISIERUNG	S. 7
FOTOS VOM LEBEN IN OST-BERLIN	S. 12
60. TODESTAG VON ERNST REUTER	S. 13
LANGE NACHT DER BIBLIOTHEKEN	S. 16

ungstaktik vor. Die SPD erwarte die Einhaltung der entsprechenden Vereinbarungen mit der CDU vom vergangenen Dezember, so der Fraktionsvorsitzende Saleh und der Landesvorsitzende Stöß. Am Donnerstagabend tagte auf Antrag der SPD dazu der Koalitionsausschuss. **BS** □

Bundestagswahl:

Weiter um Mehrheiten kämpfen

Der schwierige Umgang mit dem Wahlergebnis

Die Hoffnung, dass die Demoskopen diesmal ganz und gar daneben liegen, erfüllte sich für Sozialdemokraten am Wahlabend nicht. Die SPD kam eher am unteren Ende der prognostizierten Werte an, die CDU am oberen, nur die FDP kam gar nicht mehr an.

Das Wahlergebnis, so erklären es die Demoskopen, entspricht den Wünschen der Bevölkerung nach einer Großen Koalition. Gewählt wurde die Beständigkeit der Kanzlerin. Weggewählt wurde der unkalulierbare Flatterhaufen. Stattdessen wollte der Wähler wieder etwas mehr soziale Gerechtigkeit dabei haben.

Ein Kennzeichen von Demokratie ist der Wechsel. Dazu gehört der Wettstreit unterschiedlicher Werte, konkurrierender Konzepte. Zwischen ihnen können und sollen sich die Wählerinnen und Wähler entscheiden. Nur: Sie haben es nicht getan. Sie wollen beides. Sie wollen Harmonie da, wo es eigentlich nicht geht.

Dass die SPD bundesweit 2,7 Prozent (in Berlin 4,4) der Stimmen hinzugewonnen hat, ist - ganz ohne Schönrederei - auch ein Erfolg. Vertrauen zu verlieren, geht schnell, es wieder zu gewinnen ist ein ausgesprochen langwieriger Prozess. Nach 16 Jahren Kohl-Regierung hatte die SPD 1998 mit der personifizierten politischen Bandbreite von Gerhard Schröder bis Oskar Lafontaine einen großen Vertrauensvorsprung erhalten. Wählerinnen und Wähler sahen ihre Interessen bei der SPD am besten aufgehoben. Traditionelle SPD-Programmatik vereint mit moderner Wirtschaftspolitik, das versprach Aufbruch und Gerechtigkeit. Das hat aber - auch angesichts damals aktueller neuer Herausforderungen - nicht lange getragen. Rot-Grün bekam nach einem engagierten Wahlkampf 2002 zwar eine zweite Chance, hatte aber den Gestaltungsspielraum über die Bundesländer verloren. 2005 reichte es im Ganzen nicht mehr. Allerdings reichte es auch nicht für einen Wechsel.

Um Vertrauen zu gewinnen oder zu behalten, müssen Parteien ihre Politik erklären, müssen deutlich machen, dass sie nicht - wie häufig in Talkshows unterstellt - eigene Interessen verfolgen, sondern die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern bündeln, um sie durchzusetzen.

Die SPD hat es lange Zeit nicht vermocht, ihre rot-grüne Regierungszeit wirklich aufzuarbeiten und daraus ein schlüssiges Konzept für die Zukunft zu entwickeln, um damit auch zu zeigen, wessen Interessen sie vertritt. Dazu hätte auch eine ehrliche Bestandsaufnahme eines der größten und



Nach der Wahlkundgebung am Alex: Das WIR entscheidet auch weiter. Foto: Horb

umstrittensten Projekte gehört, der Agenda 2010. Die SPD hat es zugelassen, dass sich „die Agenda“ zu einer Art Glaubensfrage entwickelt hat, für oder gegen die Bekenntnisse abgelegt wurden, statt Erfolge und Fehlentwicklungen einmal deutlich und nachvollziehbar voneinander zu trennen, Konsequenzen zu ziehen und wieder Orientierung zu geben. Dazu kommt, dass Sozialdemokraten auch nach Aufgabe ihrer Ämter an ihren Wertmaßstäben gemessen werden und persönliche berufliche Entscheidungen das Bild der Partei mitprägen können.

Der Vertrauensverlust setzte sich in der Zeit der Großen Koalition fort, als Änderungen bei der Rente und die Mehrwertsteuererhöhung dazukamen - Entscheidungen, die dafür sorgten, dass der Zweifel an den Aussagen der SPD wuchs. Und das ging auch an den Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern der SPD nicht spurlos vorbei, die sich zuvor vehement für das Gegenteil eingesetzt hatten.

Erst mit Beginn des Wahlkampfes 2013 gewann die SPD mit Konzepten gegen den Niedriglohnsektor, zur Rentensicherung, zur Steuerpolitik oder zur Mietpreisbremse an Profil. Bis diese Botschaften die Wählerinnen und Wähler erreichten, vergingen weitere Wochen, die dominiert waren von Debatten über den SPD-Kandidaten, seine Honorare, sein Profil. Bis schließlich im TV-Duell deutlich wurde: Steinbrück verkörpert dieses neue Programm auch ganz persönlich.

Es hat einige Zeit gedauert, aber es gibt sie nun, die Alternativen der SPD, die andere Politik, das Gegenmodell zur abgewählten schwarz-gelben Politik und zur CDU. Die SPD muss nun wohl auch den Wählerinnen und Wählern zubilligen, dass diese einige Zeit brauchen, um wieder Vertrauen zu fassen. Aber die Wählerinnen und Wähler können wohl auch verstehen, dass

eine Aufgabe der SPD-Ziele dieses sich entwickelnde Vertrauen wieder zerstören würde. Dies gilt im Übrigen auch für Aussagen, mit wem die SPD nicht koalieren werde.

Gerade weil die SPD als zweitstärkste Partei im Bundestag weit überwiegend für die gegenteiligen Inhalte von CDU und CSU steht, muss sie andere - neue - Mehrheiten für ihre Ziele organisieren. Das kann sie in Bündnissen mit Gewerkschaften, Mietervereinen oder Sozialverbänden. Das kann sie in Bündnissen wie Umfairteilen. Das kann sie auch in der Fortsetzung ihrer Haustüraktionen und ihrer Dialogangebote, also im ganzen Bereich außerparlamentarischer Arbeit, in Initiativen mit der Zivilgesellschaft. Und sie kann es in gemeinsamen parlamentarischen Initiativen tun.

Dass die SPD dabei auch - ebenso wie die Grünen - prüfen wird, ob und wie eine Durchsetzung der von ihr vertretenen Interessen bei einer Regierungsbeteiligung aussehen kann, ist eigentlich selbstverständlich. Kann sie diese Möglichkeit nicht erkennen, hat es nichts damit zu tun, dass sie „Parteiinteressen über die des Landes stellt“. Sondern es geht um die angemessene Vertretung der Interessen der Wählerinnen und Wähler der SPD.

Ob sie für diesen Weg langfristig neben den Grünen auch die Linken als Partner gewinnen kann, hängt ganz wesentlich von deren weiterer Entwicklung ab. Denn auch die Linke hat bislang eine „Ausschließerritus“ betrieben, programmatisch, aber auch verbal, indem sie vor allem in Westdeutschland die SPD zum Hauptgegner erklärt hat.

Immerhin: Die Debatte über Ziele und Programme, die die Kanzlerin im Wahlkampf tunlichst vermieden hat, muss nun geführt werden, wenn es eine Regierung geben soll.

Ulrich Horb □

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin



Das ist die neue Landesgruppe im Deutschen Bundestag: Eva Högl in Mitte und Fritz Felgentreu in Neukölln haben ihre Wahlkreise direkt gewonnen. Über die Liste ziehen Swen Schulz (Spandau/Charlottenburg-Nord), Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg), Klaus Mindrup (Pankow), Cansel Kiziltepe (Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg-Ost), Ute Finckh-Krämer (Steglitz-Zehlendorf) und Matthias Schmidt (Treptow-Köpenick) in den Deutschen Bundestag ein.

Bundestagswahl:

Berliner SPD mit deutlichem Zugewinn

Acht Bundestagsmandate erkämpft - 4,4 Prozent mehr als vor vier Jahren

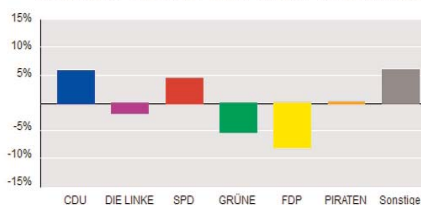
Die Zugewinne der SPD sind in Berlin höher als im Bundesdurchschnitt ausgefallen. Steigerte sich die SPD bundesweit um 2,7 Prozent auf 25,7 Prozent, so betrug der Zugewinn in Berlin 4,4 Prozent. Mit 24,6 Prozent haben acht Kandidatinnen und Kandidaten der Berliner SPD den Einzug in den Deutschen Bundestag geschafft, drei mehr als bei der Wahl 2009. Ein Mandat ist dabei ein Überhangmandat.

Die Bundestagswahl habe für die SPD bundesweit ein sehr schwieriges Ergebnis gebracht, erklärte der Berliner SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß in einer ersten Stellungnahme. In Berlin sei der SPD allerdings ein Achtungserfolg gelungen. „Im Vergleich zu 2009 konnten wir uns um 4,4 Prozentpunkte verbessern. Mit acht Bundestagsabgeordneten haben wir in Berlin drei zusätzliche Mandate hinzugewonnen. In fast allen Wahlkreisen konnten wir bei den Erststimmen zulegen“, so Stöß.

STÖSS: DANK AN ALLE
KANDIDATINNEN UND
KANDIDATEN

„Mein ausdrücklicher Dank und meine Anerkennung gilt allen zwölf Direktkandidatinnen und Direktkandidaten“, sagte der SPD-Landesvorsitzende. „Mit Eva Högl und Fritz Felgentreu wurden zwei Kreise nach einem sehr engagierten Wahlkampf direkt gewonnen. Die Interessen der Berlinerinnen und Berliner werden aber auch Swen Schulz, Mechthild Rawert, Klaus Mindrup, Cansel Kiziltepe, Ute Finckh-Krämer und Matthias Schmidt vertreten – das ist ein Erfolg der gesamten Berliner SPD. Am gestrigen Wahlsonntag standen zwölf hervorragende Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl! Jede und jeder von ihnen steht für eine Berliner SPD, die für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit kämpft. Vier Kandidatinnen und Kandidaten möchte ich aber im Besonderen danken: Ülker Radziwill, die wirklich eine herausragende Wahlkampfarbeit geleistet hat, Jörg

Berlin: Gewinne und Verluste



Zugewinne: Während Linke, Grüne und vor allem die FDP deutliche Verluste erleiden, kann die SPD in Berlin um 4,4 Prozent zulegen.

Stroedter, der glaubhaft für die Interessen aller Reinickendorfer eintritt, Iris Spranger, die als engagierte Politikerin immer für das Fortkommen ihres Bezirks gekämpft hat und weiter kämpfen wird und Erik Gührs, der mit seinem ehrlichen und frischen Elan so manche Stimme für die SPD gewonnen hat.“

Stöß wies darauf hin, dass die Berliner SPD trotz des schwierigen Ergebnisses auf Bundesebene zweitstärkste Kraft in der



Das Bündnis „Wahlrecht für Alle“ rief am 14. September, gemeinsam mit dem Berliner Verein „Jede Stimme e. V.“ zu einer Menschenkette vor dem Paul-Löbe-Haus am Reichstag auf, um ein Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen zu fordern. Mit dabei: Raed Saleh und Jan Stöß. Foto: Elisa Rabe

Hauptstadt geworden sei. „Nun kommt es darauf an, sich die Zeit zu nehmen und gemeinsam mit den Delegierten des Parteikonvents am Freitag die weitere Strategie festzulegen. Die SPD wird sich jedenfalls nicht zum Steigbügelhalter für eine Fortsetzung der schlechten Politik der Union in den letzten vier Jahren machen lassen.“

NONSTOP-WAHLKAMPF

Die Berliner SPD hatte bis zuletzt im Wahlkampf um Stimmen geworben. Tausende von Gesprächskontakten hatte es in jedem Wahlkreis bereits bei den Tür-zu-Tür-Gesprächen gegeben. Nach der Kundgebung auf dem Alexanderplatz mit Peer Steinbrück am Donnerstag, an der gut 6000 Berlinerinnen und Berliner teilnahmen, waren die Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten mit ihren Teams auf Kneiptour in den Bezirken. Auch Kompetenzteam-Mitglieder wie Gesche Joost beteiligten sich an den Aktionen rund um den Nollendorfplatz und in anderen Szenevierteln. In den Nächten zum Sonnabend und zum Sonntag gab es Infostände der Jusos an belebten Kreuzungen und Knotenpunkten, die SPD Schöneberg warb mit einem nächtlichen Stand an der Hauptstraße Ecke Akazienstraße.

Am Hermannplatz eröffnete Fritz Felgentreu am Sonnabendfrüh die Dialogbox, an der es nicht nur den ganzen Tag und den nächsten Morgen über Informationen gab, sondern auch in der Nacht zum Wahlsonntag.

30.000 Rosen verteilte die Berliner SPD an gut 200 Infoständen am Sonnabend an vielen Plätzen und vor Einkaufszentren. Mit 20.000 Schuhanziehern warb die SPD für Wahlbeteiligung am Sonntag: „Schuhe an und wählen gehen“, lautete die Botschaft.

Und am Sonntag gehörte u.a. die SPD Neu-Westend zu den Abteilungen, die weitermachten - mit einem Stand auf dem Fest in der Preußenallee. So viel Wahlkampf gab es bislang noch nicht. **BS** □

WAHLNOTIZEN

Wahlbeteiligung. Mit 72,4 Prozent lag die Wahlbeteiligung 2013 in Berlin wieder höher als 2009, als 70,9 Prozent der Berlinerinnen und Berliner abstimmten, aber immer noch deutlich unter den Ergebnissen von 2005 und 2002 mit über 77,4 Prozent. Bundesweit stieg die Wahlbeteiligung nur geringfügig um 0,7 Punkte auf 71,5 Prozent. Die höchste Wahlbeteiligung gibt es in Berlin in den westlichen Bezirken Steglitz-Zehlendorf (79,9 Prozent), Charlottenburg-Wilmersdorf (75,8 Prozent) und Tempelhof-Schöneberg (75,3 Prozent). Mit 65,1 Prozent liegt die Beteiligung in Marzahn-Hellersdorf zwar am niedrigsten, 2009 wählten dort jedoch nur 63,4 Prozent.

Brandenburg. Enttäuschend für die SPD fällt das Ergebnis in Brandenburg aus, wo die CDU neun der zehn Wahlkreise direkt

gewinnt. Nur der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier gewinnt seinen Wahlkreis. 2009 lag die SPD in fünf Wahlkreisen vorn. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erreicht die Brandenburger CDU 34,8 Prozent der Zweitstimmen (2009: 23,6), die SPD kommt auf 23,1, die Linke auf 22,4 Prozent. Unter der 5-Prozenthürde bleiben in Brandenburg Bündnis 90/Die Grünen (4,7 Prozent), die FDP (2,5 Prozent) und die AfD (4,7 Prozent).

Wählerwanderung. Die Wanderungsbewegung von Infratest dimap zeigt, dass die SPD bundesweit rund 380.000 NichtwählerInnen mobilisieren konnte. Sie gewinnt zudem von den Grünen rund 570.000 Wählerinnen und Wähler, von der FDP 520.000 und von der Linken 360.000 Stimmen. An die CDU gibt sie danach 300.000 Stimmen ab, an die AfD 180.000 Stimmen (die CDU verliert 300.000 Wählerinnen und Wähler an die AfD). Die CDU gewinnt am meisten von der FDP (über 2,2 Millio-

nen Stimmen) und kann 1,25 Millionen NichtwählerInnen motivieren, sie zu wählen.

Briefwahl. Berlinweit stimmten bei der Bundestagswahl mehr als jede vierte Wählerin und Wähler (28,1 %) per Briefwahl ab. Die Bürgerinnen und Bürger nutzten am meisten in Steglitz-Zehlendorf mit 34,6 Prozent, Charlottenburg-Wilmersdorf mit 32,2 Prozent und Tempelhof-Schöneberg mit 31,1 Prozent die Möglichkeit der Briefwahl. Dies sind gleichzeitig die Bezirke mit der höchsten Wahlbeteiligung insgesamt. Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf lag die Briefwahlquote mit 21,9 Prozent am niedrigsten. In allen Bezirken der Bundeshauptstadt, so die Landeswahlleiterin in ihrem Bericht, konnte ein Zuwachs bei der postalischen Wahlbeteiligung festgestellt werden. Besonders starke Zuwächse waren in diesem Jahr für die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (2,7 %) und Steglitz-Zehlendorf (2,2 %) zu vermelden. **BS □**

U18: Berlin wählt etwas linker

Unterschiedliche Trends bei der Wahl der Jugendlichen

Schon eine Woche vor der Bundestagswahl haben bei der bundesweiten U18-Wahl die unter 18jährigen abgestimmt. Die Beteiligung hat erneut zugenommen, rund 198.000 Jugendliche stimmten ab, das sind rund 70.000 mehr als bei der Wahl 2009. Erkennbar dabei ist: Berlins Jugend tickt anders.

Bundesweit lagen bei der U18-Wahl erstmals CDU und CSU vorn. 2009 hatte die SPD noch mit 20,45 Prozent vor den Grünen (20 Prozent) und der CDU/CSU (19,35 Prozent) gewonnen. Diesmal erhielt die SPD wieder 20,4 Prozent, CDU und CSU aber kommen auf 27,1 Prozent. Bündnis 90/Die Grünen erreichen 17,0 %, Die Piraten 12,1 % und Die Linke 7,8 %.

In Berlin beteiligten sich mehr als 36.000 junge Menschen an der Kinder- und Jugendwahl und stimmten am 13. September über „ihren“ Bundestag ab. Die drei Gewinner der Wahl liegen hier nahezu gleichauf: Bündnis 90/Die Grünen mit 21,82 % der Stimmen, gefolgt von der SPD (20,76 %) und der CDU (20,29 %). Die Piratenpartei und die LINKE konnten jeweils 12 % der Wählerschaft überzeugen. Die FDP kommt weder im Bund noch in Berlin bei den Jugendlichen über 5 Prozent.

Spannend ist in Berlin zudem ein Blick auf die bezirklichen Ergebnisse, die mitunter im Trend bisheriger Bundestagswahlergebnisse (und damit möglicher elterlicher Entscheidungen) liegen, zum Teil



Logo der U-18-Wahl.

Foto: PR

aber auch deutlich ausbrechen. So wird in Reinickendorf die CDU mit über 30 Prozent von den Jugendlichen gewählt, die SPD kommt nur auf 21 Prozent. Im traditionell ebenso konservativ orientierten Steglitz-Zehlendorf kommen dagegen die Grünen auf über 30 Prozent, die CDU nur auf 24 Prozent. Für die SPD stimmen weniger als 18 Prozent.

In Spandau liegt bei den Jugendlichen die CDU mit 27,28 % vorn, einigermassen dicht gefolgt von der SPD mit 24,06 %, die Grünen kommen auf 16,69 Prozent. Im Nachbarbezirk Charlottenburg-Wilmersdorf liegen bei der U18-Wahl die Grünen mit 26,80 % vor der SPD (22,07 %) und der CDU (20,60 %). Pankow entscheidet sich mit rund 25 Prozent für die Grünen, CDU (17,19 %), SPD (16,06 %) und Linke (15,70 %) liegen dicht beieinander. Nur in Neukölln liegt die SPD (27,12 %) ähnlich deutlich vor den drei Konkurrenten CDU (18,53 %), Grüne (16,63 %) und Linkspartei (13,88 %)

In Friedrichshain-Kreuzberg dagegen würde alles beim Alten bleiben, wenn die Jungen wählen: Grüne bei 27,26 %, SPD bei 22,65 %, Linke bei 14,89 % und die CDU schafft die 5-Prozenthürde mit 8,45 Prozent. In Mitte kann die SPD (27,29 %) vor den Grünen (23,97 %) gewinnen, die Linke (14,45 %) landet knapp vor der CDU (13,14 %).

Die drei eigentlich von der Linken dominierten Wahlkreise Treptow-Köpenick, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf gehen im Trend der U18-Wahl an die CDU, die mit eher deutlichem Vorsprung gewinnt - in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick vor den Piraten, in Lichtenberg vor der Linkspartei. In Berlin sind die Piraten zumindest bei den Jugendlichen ein stabiler Faktor mit über zehn Prozent. Die NPD kann dagegen nur in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick mehr als 5 Prozent der Jugendlichen für sich einnehmen.

Für die SPD ist die U18-Wahl längst kein Selbstläufer mehr. Im überwiegend links geprägten Berlin sind sozialdemokratische Ideen einer großen Konkurrenz ausgesetzt. Und auch die Angebote der Piraten stoßen unter Jugendlichen weiterhin auf Interesse.

Die U18-Wahl liefert dabei wohl ein ehrliches Stimmungsbild über die Attraktivität der Parteien, denn es ist - da die Wahl folgenlos bleibt - frei von taktischen Überlegungen und zu beachtenden Koalitionsvarianten. Inwieweit die Ergebnisse der U18-Wahl mit einem tatsächlichen Wahlverhalten der Jugendlichen bei einer Bundestagswahl übereinstimmen, bleibt daher wohl offen. **uh □**

Wahlergebnisse:

Gewinne und Verluste

Besonderheiten in den Berliner Wahlkreisen

Wie im Bund gewinnen auch in Berlin nur zwei der im Bundestag vertretenen Parteien Stimmen hinzu: CDU und SPD. Zugewinne gibt es auch bei den sonstigen Parteien. Während die Piraten nur leichte Verbesserungen (von 3,4 auf 3,6 Prozent) verzeichnen, kommt die AfD in Berlin auf 4,9 Prozent, die PARTEI auf 1 Prozent und die FDP auf 3,6 Prozent.

In absoluten Zahlen hat die SPD mit 439.426 Stimmen gut 90.000 Wählerinnen und Wähler gegenüber 2009 wiedergewinnen können. Im Vergleich mit 2005 fehlen ihr aber immer noch rund 200.000 Stimmen. Im Westen der Stadt gewinnt die SPD mit 5,4 Prozent mehr Stimmen hinzu als die CDU (plus 5 Prozent), im Osten der Stadt fällt der Zuwachs mit 3 Prozent jedoch geringer aus (CDU plus 6,6 Prozent). Damit hat die SPD erstmals im Osten ein deutlich schwächeres Ergebnis als im Westen. Sie profitiert auch nicht von den Verlusten der Linken, sondern ist im Ostteil nur noch drittstärkste Kraft. „Das Wählerverhalten im Osten und im Westen der Stadt ist weiterhin sehr unterschiedlich“, so die Landeswahlleiterin in ihrem Bericht. „Im Osten führt DIE LINKE mit fast 30 Prozent vor der CDU. Erstmals seit 1990 ist die



Die Dialogbox als neues Format für Informationsangebote: Fritz Felgentreu am Hermannplatz.

SPD im Osten hinter die CDU zurückgefallen. Im Westen dominiert nunmehr die CDU mit 32,0 Prozent vor der SPD mit 27,0 Prozent.“ Bei den Zweitstimmen liegt die SPD einzig in Mitte vorn, bei den Erststimmen in Mitte und Neukölln. In Friedrichshain-Kreuzberg liegt sie bei den Zweitstimmen mit 24 Prozent erstmals wieder vor

den Grünen (20,8 Prozent), aber knapp hinter der Linkspartei (25,1). Hier machen auch viele SPD-Wähler vom Stimmensplitting Gebrauch und wählen den grünen Kandidaten Ströbele (39,9 Prozent, SPD: 18 Prozent).

Das beste Zweitstimmenergebnis erzielt die Berliner SPD mit 28,9 Prozent in Spandau/Charlottenburg-Nord, das niedrigste mit 19,2 Prozent in Marzahn-Hellersdorf. Den höchsten Zugewinn erzielt sie mit 6,0 Prozent bei den Zweitstimmen in Tempelhof-Schöneberg, gefolgt von Charlottenburg-Wilmersdorf mit 5,7 Prozent. Dennoch reichte es in den beiden westlichen Bezirken nicht, die Wahlkreise direkt zu gewinnen. In Spandau und Steglitz-Zehlendorf sind die Zugewinne (jeweils 5,4) ebenfalls überdurchschnittlich. Auch in Reinickendorf gewinnt die SPD 5 Prozent der Zweitstimmen, ebenso in Mitte, wo der Zugewinn sogar höher ist als der der CDU.

Da, wo die Linke in ihren Hochburgen die höchsten Verluste erleidet (Lichtenberg -6,6 Prozent, Marzahn-Hellersdorf -7,9) gibt es gleichzeitig die höchsten Zugewinne der CDU (Lichtenberg +6,8 Prozent, Marzahn-Hellersdorf +7,9) und unterdurchschnittliche Zuwächse der SPD. Verluste bei den Erststimmen hat die SPD nur in Pankow (-6,4), wo Wolfgang Thierse nicht mehr antrat, in Charlottenburg-Wilmersdorf (-0,5), wo Petra Merkel nicht mehr antrat und in Treptow-Köpenick (-0,4). **BS** □

Die Ergebnisse der Berliner Wahlkreise

Mitte. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 22,6 - Linke 18,7 - SPD 26,2 - Grüne 16,8 - FDP 3,7 - Piraten 4,7 - Sonstige 7,4. Endergebnis Erststimmen: Eva Högl gewinnt den Wahlkreis für die SPD mit 28,2 Prozent vor der CDU (23,9 Prozent).

Pankow. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 23,5 - Linke 25,2 - SPD 22,0 - Grüne 14,1 - FDP 2,5 - Piraten 3,9 - Sonstige 8,8. Der Wahlkreis geht mit 28,3 Prozent an Stefan Liebich von der Linken, gefolgt von der CDU mit 23,9 Prozent und der SPD mit Klaus Mindrup (21 Prozent).

Reinickendorf. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 40,1 - Linke 8,0 - SPD 26,4 - Grüne 8,7 - FDP 4,3 - Piraten 2,6 - sonstige 9,9. CDU-Kandidat Frank Steffel gewinnt den Wahlkreis bei den Erststimmen mit 44,9 Prozent vor Jörg Stroedter von der SPD mit 29,5 Prozent

Berlin-Spandau – Charlottenburg Nord. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 36,6 - Linke 9,5 - SPD 28,9 - Grüne 8,3 - FDP 3,8 - Piraten 3,1 - Sonstige 9,9. Das Direktmandat holt knapp die CDU mit 39,2 Pro-

zent vor Swen Schulz mit 37,4 Prozent.

Steglitz-Zehlendorf: Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 37,2 - Linke 7,2 - SPD 25,6 - Grüne 13,6 - FDP 6,4 - Piraten 2,5 - Sonstige 7,6. Der CDU-Direktkandidat gewinnt das Mandat mit 42,4 Prozent vor SPD-Kandidatin Ute Finckh-Krämer (29,3 Prozent)

Charlottenburg-Wilmersdorf. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 32,5 - Linke 8,9 - SPD 27,1 - Grüne 15,4 - FDP 6,8 - Piraten 2,6 - Sonstige 6,8. Den Wahlkreis gewinnt die CDU mit 37,1 Prozent vor Ülker Radzwill von der SPD (31,5 Prozent).

Tempelhof-Schöneberg. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 31,8 - Linke 10,3 - SPD 27,4 - Grüne 15,4 - FDP 4,1 - Piraten 3,2 - Sonstige 7,9. Den Wahlkreis gewinnt die CDU mit 35,1 Prozent vor der SPD mit Mechthild Rawert (26,2 Prozent).

Neukölln. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 29,0, Linke 14,3 - SPD 26,2 - Grüne 13,9 - FDP 3,0 - Piraten 4,1 - Sonstige 9,5. Bei den Erststimmen liegt die SPD mit Fritz Felgentreu vorn. Er erhält 32,3 Prozent, die CDU 30,6 Prozent. Grüne und Linkspartei sind mit je 11,7 Prozent abgeschlagen.

Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer

Berg-Ost. Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 15,4 - Linke 25,1 - SPD 24,0 - Grüne 20,8 - FDP 2,2 - Piraten 5,8 - Sonstige 6,7. Den Wahlkreis gewinnt erneut Christian Ströbele für die Grünen mit 39,9 Prozent vor Cansel Kiziltepe (SPD) mit 18 Prozent und der Kandidatin der Linken mit 17,2 Prozent.

Treptow-Köpenick: Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 25,4 - Linke 29,5 - SPD 21,3 - Grüne 7,4 - FDP 2,0 - Piraten 3,5 - Sonstige 10,9. Die Linke gewinnt mit Gregor Gysi das Direktmandat mit 42,2 Prozent vor der CDU mit 22,6 Prozent und der SPD mit Matthias Schmidt (17,8 Prozent).

Marzahn-Hellersdorf: Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 26,0 - Linke 32,9 - SPD 19,2 - Grüne 3,9 - FDP 1,7 - Piraten 3,1 - Sonstige (darunter auch die NPD) 13,2. Das Direktmandat geht an die Linke mit Petra Pau (38,9) vor der CDU mit Monika Grütters (25,7) und SPD-Kandidatin Iris Spranger (17,1)

Lichtenberg: Ergebnisse bei den Zweitstimmen: CDU 23,1 - Linke 34,6 - SPD 20,5 - Grüne 5,8 - FDP 1,6 - Piraten 3,7 - Sonstige 10,8. Der Wahlkreis geht an die Linke (40,3 Prozent) vor der CDU (22,7) und der SPD mit Erik Gührs (19,6 Prozent). □

NÄHER AN DIE BÜRGERINNEN
UND BÜRGER

Der Wahlabend war ernüchternd. Immerhin konnte Eva Högl den Wahlkreis 75 (Mitte) wieder direkt gewinnen. Glückwunsch dazu! Beim Blick auf die Ergebnisse der SPD im Bund (oder auch in Berlin) muss man sich fragen: Hat sich der ganze Aufwand gelohnt?

Es wurden Kiezspaziergänge veranstaltet, Busse gechartert, Nächte in Clubs und Kneipen verbracht, die üblichen Infostände aufgebaut - und dann das? Wir müssen uns jetzt Gedanken machen, wie wir unsere Vorstellungen von Politik unters Volk bringen - so funktioniert es ganz offensichtlich nicht! Auch wenn man berücksichtigt, dass die CDU nur Angela Merkel war und ist - nicht mehr und nicht weniger - kann es nicht zufrieden stellen, dass die SPD schlappe 25,7 % erhält. Wir hatten schon mal zwanzig (!) Prozentpunkte mehr!

Das Bemerkenswerte ist ja, dass „unsere“ Themen auch die der Menschen waren - aber ganz offensichtlich hat man der SPD nicht zugetraut, diese Themen umzusetzen. Und es reicht nicht, nur während des Wahlkampfes so aktiv auf Straßen und Plätzen, in Kneipen und vor der Wohnungstür zu sein! Ich habe für mich den Schluss aus diesem schlechten Wahlergebnis gezogen, dass ich nicht nur Veranstaltungen zu bestimmten Themen (wie z.B. Gewalt auf öffentlichen Plätzen) durchführe, sondern regelmäßige Bürgersprechstunden, die dann auch entsprechend angekündigt werden müssen (die eigene Webseite, der Diens-tagsbrief oder sonstige parteiinterne Medien reichen dazu nicht aus!). Wir sollten uns ohnehin fragen, welchen Sinn es macht, immer wieder die Partei zu „bespaßen“!

Möglicherweise gibt es auch inhaltliche Diskussionen, die wir schnellstens führen müssen. Nach der Wahl ist ja immer auch vor der Wahl - Mitte nächsten Jahres wird das Europa-Parlament gewählt.

Bis dahin müssen wir noch näher ran an Bürgerinnen und Bürger. Und an deren Befindlichkeiten. Eine nicht fahrende S-Bahn ist wichtiger als abgehobene Diskussionen über weltbewegende Theorien!

Stefan Draeger, SPD Mitte □

ZUM ABSCHNEIDEN DER FDP

Angesichts vieler hämischer Kommentare zum Abschneiden der FDP ein, zwei Gedanken dazu.

Erstens gibt es in der FDP zwar einige Menschen, denen ich dieses Ergebnis ihrer Partei durchaus gönne, aber andererseits auch andere, für die es mir wirklich leid tut - Menschen, die sich (oft ehrenamtlich) dafür engagiert haben, dass es eine liberale Partei in Deutschland gibt. Teilweise sind

Wie weiter, SPD?

Erste Stellungnahmen und Meinungen zum Wahlausgang



Kundgebung mit Peer Steinbrück. Foto: Horb

das auch Menschen, die immer noch einer Vorstellung von einer liberalen Partei anhängen, die sich nicht in ein „bürgerliches Lager“ mit der CDU selber einsperrt. Ich halte das zwar seit zehn Jahren für aussichtslos, habe aber Respekt davor. Zweitens ist heute Nacht eine Partei auf Bundesebene verschwunden, die viel für stabile Regierungen in Deutschland getan und von der Ostpolitik bis zur europäischen Integration viele wichtige Entscheidungen seit 1949 mitgetragen hat.

Ob es unserem Parteienspektrum und dem Land gut tut, wenn aus dem Nichts eine „Afd“ genauso viele Stimmen holt, das wage ich zu bezweifeln. Schuld am Scheitern der FDP ist aber nur die FDP selbst - und das ließe sich ausführlich bis vor 2009 zurückblickend auch erläutern und begründen. Der Platz für eine soziale liberale Politik ist jetzt endgültig in der SPD.

Martin Matz, SPD Steglitz-Zehlendorf (ehem. Landesvorsitzender der FDP Berlin) □

KEIN REGIERUNGS-AUFTRAG
FÜR DIE SPD

Die Frage der Glaubwürdigkeit der Parteien wurde im Bundestagswahlkampf immer wieder gestellt. Hier kann die SPD jetzt ein nachhaltiges und deutliches Zeichen setzen, indem sie ihren Wählerauftrag umsetzt und auf den Oppositionsbänken Platz nimmt. Angela Merkel und die Union haben das Mandat, unser Land zu regieren. Die SPD hat mit 25,7 Prozent keinen Regierungsauftrag. **Christian Haß, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)** □

BESCHLÜSSE

REINICKENDORFER SPD:
BEFRAGUNG VOR
VERHANDLUNGEN

In ihrer Kreisvorstandssitzung hat sich die SPD Reinickendorf am Montag gegen eine Beteiligung der SPD an einer Großen Koalition auf Bundesebene ausgesprochen.

Der Beschluss lautet: „Der Kreis Reinickendorf lehnt eine Große Koalition ab. Vor Aufnahme von möglichen Koalitionsverhandlungen findet eine Mitgliederbefragung statt.“

SPD-LICHTENBERG:
MITGLIEDERENTSCHEIDUNG ZUM
KOALITIONSVERTRAG

Die Mitglieder der SPD Lichtenberg fordern in einem Antrag an den kommenden SPD-Bundesparteitag, dass alle Mitglieder in einem Entscheid über einen zukünftigen Koalitionsvertrag abstimmen sollen. Diese Forderung wurde auf der Kreisdelegiertenversammlung am Montagabend beschlossen.

„Schon seit der vorherigen Bundestagswahl befindet sich die SPD auf dem Weg zur Mitgliederpartei. Diesen Weg wollen wir nun konsequent fortsetzen. Ein Koalitionsvertrag bestimmt die Bundespolitik unserer Partei für die nächsten vier Jahre maßgeblich mit. Daher ist es nur angemessen, wenn dieser durch einen Mitgliederentscheid die größtmögliche Unterstützung erhält“, erläuterte der Kreisvorsitzende Ole Kreins.

Damit konkretisiert die SPD Lichtenberg den Beschluss des Bundesparteitages 2011, „...die Beteiligungsmöglichkeiten unserer Mitglieder massiv auszuweiten“. Der Antrag wird nun auf dem kommenden Landesparteitag der SPD Berlin und dem Bundesparteitag der SPD zur Abstimmung vorgelegt.

SPD-CHARLOTTENBURG-
WILMERSDORF GEGEN GROSSE
KOALITION

Der Kreisvorstand der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf hat sich am Montag nach einer langen, konstruktiven und abwägenden Diskussion gegen eine große Koalition auf Bundesebene ausgesprochen und hat dies als Antrag an den Konvent weitergegeben.

Die Diskussion sollte am Freitagabend (nach Redaktionsschluss) auf der Kreisdelegiertenversammlung weitergeführt werden.

Mehr dazu in der nächsten Ausgabe

Rekommunalisierung:

„Ein Fehler, den wir rückgängig machen“

SPD-Fraktionschef Raed Saleh zum Rückkauf der Wasserbetriebe

Der Berliner Senat hat beschlossen, den Anteil von 24,95 Prozent der Berliner Wasserbetriebe, der bislang Veolia gehört, zurückzukaufen. Das Abgeordnetenhaus muss dem Vertrag noch zustimmen. Schon im letzten Jahr hatte Berlin den RWE-Anteil an den Wasserbetrieben erworben.

Wenn der Kauf durch das Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, gehören dem Land Berlin wieder 100 Prozent der Berliner Wasserbetriebe - damit wird das Privatisierungsabenteuer von 1999 glimpflich beendet. „Die Privatisierung damals war ein Fehler, den wir jetzt rückgängig machen wollen“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode hat die SPD-Fraktion einen klaren Rekommunalisierungskurs gefahren. Mit der bevorstehenden Gründung eines stromproduzierenden Stadtwerks und der Teilnahme von Berlin Energie an der Ausschreibung um die Berliner Stromnetze hatte sich diese Richtung auch in praktischer Politik nieder-



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh: Wasserpreissenkung gilt langfristig.

geschlagen. Zudem kaufen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder Wohnungen an. Nun könnte mit dem Rückkauf der restlichen privaten Anteile an den Berliner Wasserbetrieben die erste große Re-

kommunalisierung gelingen - ein Schritt mit hohem Symbolgehalt.

„Es ist ein wichtiges Stück sozialdemokratischer Stadtpolitik und zeigt, dass wir es ernst meinen mit dem Thema Rekommunalisierung“, sagt Raed Saleh.

Der Kaufpreis für den Veolia-Anteil am Berliner Wasser liegt bei 590 Mio. Euro plus Gewinn-, Zins- und Steuervorauszahlungsansprüche für 2013. Für den Erwerb der RWE-Anteile wurden 2012 noch 618 Millionen Euro plus ausstehende Zins- und Ausgleichszahlungen bezahlt. Die Finanzierung des Rückkaufs wird haushaltsneutral aus den Gewinnen der Berliner Wasserbetriebe finanziert.

Möglich ist dies aufgrund der aktuell niedrigen Zinsen für das Land Berlin. Dabei soll es auch bei den gesenkten Wasserpreisen bleiben. Im Jahr 2012 wurde die Frischwassergebühr um 15 Prozent gesenkt. „Bei der Senkung wird es bleiben, sie steht im Landeshaushalt und gilt langfristig“, stellt der SPD-Fraktionsvorsitzende Saleh klar.

ff □

Wohnen:

Neukölln prüft Milieuschutz

Verbot von Luxusmodernisierungen: Studie in Auftrag gegeben -

Neukölln wird auf Initiative der SPD eine Studie zum Milieuschutz in Auftrag geben. Das hat der Stadtentwicklungsausschuss in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Neukölln in der vergangenen Woche beschlossen.

„Der Milieuschutz“, so der SPD-Kreisvorsitzende Fritz Felgentreu, „ist nichts anderes als ein Luxussanierungsverbot, das bei Wohnungssanierungen zum Beispiel den Einbau eines Doppelwaschbeckens im Badezimmer oder das Verlegen von Echtholzparkett untersagt. Uns ist wichtig, zunächst eine exemplarische Studie in Auftrag zu geben, inwiefern ein Milieuschutz steigende Mieten am Beispiel des Quartiers am Reuterplatz in unserem Bezirk verhindern und bezahlbaren Wohnraum erhalten kann. Wir wollen uns mithilfe der Studie konstruktiv und auf gesicherter Erkenntnisbasis mit dem Milieuschutz und seinen möglichen Vor- und Nachteilen auseinandersetzen.“

Felgentreu warf Neuköllner Piraten, Linken und Grünen vor, falsche Erwartungen zu wecken. Denn der Milieuschutz in Kreuzberg habe seit 1994 seine Wirkung verfehlt - dort würden mit 9,50 Euro und

mehr pro Quadratmeter die höchsten Wiedervermietungsmieten in ganz Berlin verlangt.

Das wirksamste Mittel gegen steigende Mieten - vor allem in einer wachsenden Stadt wie Berlin - sei jedoch eine Umsetzung der Mietpreis-Bremse im Bund und der Neubau bezahlbarer Wohnungen.

Der von SPD und CDU im Abgeordnetenhaus auf den Weg gebrachte Wohnungsbaufonds und die neuen Möglichkeiten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften seien „zwei Meilensteine auf dem Weg zum Neubau bezahlbarer Wohnungen“, so Felgentreu. „Landeseigene Wohnungsbaugesellschaften können haushaltsneutral Fremdkapital aufnehmen, der zukünftige Wohnungsneubaufonds Berlins in Höhe von 320 Millionen Euro wird allen städtischen und privaten Bauherren zur Verfügung stehen.“

Es sei an der Zeit, dass die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus und in der Neuköllner BVV endlich Farbe bekenne, wo sie bezahlbare neue Wohnungen bauen will, mahnte der SPD-Politiker, der dem neuen Bundestag angehört. „Die SPD hat ihr Konzept auf den Tisch gelegt.“ **PM □**

Bebauung:

Ausstellung zur Planung in Tempelhof

Mitte September hat der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, Michael Müller, seine Pläne für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum am Rand des Tempelhofer Feldes vorgestellt und die dafür notwendigen Aufstellungsbeschlüsse für die Bebauungspläne unterzeichnet. Jetzt soll der Öffentlichkeit - über den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen hinaus - frühzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Über Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung informiert deshalb eine Ausstellung, in der die ersten Entwürfe für die Bebauungspläne am Tempelhofer Damm (offizielle Bezeichnung 7-70) und am Südring (7-71) im Flughafen Tempelhof vorgestellt werden. Stellungnahmen dazu fließen in den weiteren Arbeitsprozess ein. Die Ausstellung ist bis zum 1. November 2013 im ehemaligen Transitbereich A2, Eingang über Columbiadamm 10, zu sehen. □

➡ Öffnungszeiten: Montag bis Mittwoch 9 bis 18 Uhr, Donnerstag 10 bis 20 Uhr, Freitag 8 bis 16 Uhr sowie nach telefonischer Vereinbarung unter (030) 2000 374 - 29. Der Eintritt ist frei.

Lehrerstreik:

„GEW ignoriert Verhandlungsweg“

Berlins Finanzsenator Ulrich Nußbaum hat den Streik eines Teils der angestellten Lehrerinnen und Lehrer kritisiert. In den vergangenen Monaten hatte es mehrere Gespräche zwischen ihm und der GEW gegeben. Der Finanzsenator hatte sich persönlich bei der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) dafür eingesetzt und auch erreicht, dass die TdL mit der GEW in Verhandlungen eintritt.

Ein Flächentarifvertrag könne nicht einseitig über das Land Berlin, sondern nur auf Bundesebene über die TdL geschlossen werden, machte Nußbaum deutlich. „Wir haben uns bemüht, der GEW eine Verhandlungsoption auf Bundesebene zu eröffnen. Dass dieser Weg ignoriert wird, und die Streikaktionen zu Lasten der Schülerinnen und Schüler weitergehen, ist unverständlich und nicht akzeptabel. Die angestellten Lehrerinnen und Lehrer verdienen in Berlin ab dem ersten Arbeitstag gut 4.600 Euro brutto. Das ist ein gutes und sicheres Gehalt, das andere Landesbedienstete mit akademischer Ausbildung erst nach rund zehn Jahren erreichen. Dass darüber hinaus eine Verbeamtung nicht möglich sein würde, ist im Koalitionsvertrag festgelegt und war somit von vorneherein klar.“

PM □

Ehrung:

Ein Brückenbauer

Ernst-Reuter-Plakette für Daniel Barenboim

Das „leidenschaftliche Brückenbauen“ hat Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit als Gemeinsamkeit zwischen dem früheren Bürgermeister Ernst Reuter und dem Dirigenten Daniel Barenboim ausgemacht, der in der vergangenen Woche mit der Ernst-Reuter-Plakette der Stadt Berlin ausgezeichnet wurde.

„Ernst Reuter baute Brücken zwischen den Menschen in der geteilten Stadt und von Berlin in die Welt hinaus. Daniel Barenboim setzt sich seit Jahrzehnten dafür ein, die Gräben im Nahen Osten zu überwinden und Brücken zwischen den Völkern zu schlagen“, sagte Wowereit. „Da sind ein großes Verantwortungsbewusstsein, Geradlinigkeit und ein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit. Und da ist eine große Liebe zu Berlin.“

Daniel Barenboim, gefragter Pianist und Dirigent, hat 14 Jahre das Orchestre de Paris geleitet und 15 Jahre das Chicago Symphony Orchestra. Er spricht mehrere Sprachen fließend und besitzt vier Staatsbürgerschaften. Einen deutschen Pass allerdings hat er nicht. Barenboim, so Wowereit, habe aber selbst einmal formuliert: Er ist zwar kein Deutscher, aber er ist ein Berliner. Berlin sei „stolz und glücklich, dass



Daniel Barenboim.

Foto: Kai Doering

ein so bedeutender Künstler wie Daniel Barenboim Berlin zu seiner Wahlheimat gemacht hat“, sagte Wowereit.

1991 unterschrieb er seinen Vertrag als künstlerischer Leiter und Generalmusikdirektor der Staatsoper Berlin. Im Herbst 2000 wählte ihn die Staatskapelle Berlin zum Chefdirigenten auf Lebenszeit. Vor zwei Jahren hat er den Vertrag als Generalmusikdirektor bis 2022 verlängert. Die Staatsoper, so Wowereit, gehöre heute zu den Leuchttürmen der Hauptstadtkultur. Und die Staatskapelle Berlin habe sich erfolgreich als internationales Spitzenorchester positioniert.

PM □

Schicksale und Strukturen

August Bebel Institut: Tagung zur Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg

Die Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg nimmt das August Bebel Institut auf einer „Tagung über Schicksale und Strukturen“ am 30. November in den Blick. Dabei gilt das besondere Augenmerk der Zeit zwischen Industrialisierung und Mauerbau.

Durch den dieses Jahr begangenen Jahrestag der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins ist die Geschichte der Arbeiterbewegung wieder stärker in das Interesse von Öffentlichkeit und Forschung gerückt. Dabei interessierten Stadt- und Regionalgeschichten der Arbeiterbewegung in besonderem Maße. Das gilt auch für den Berliner und Brandenburger Raum.

Zur Geschichte der Berliner und Brandenburger Arbeiterbewegung wurden Biographien, Bezirks- und Ortsgeschichten zusammengetragen, zum Teil entstanden Ausstellungen zum Thema. Zuletzt lieferte Axel Weipert mit „Das rote Berlin“ einen Beitrag zu einer Gesamtgeschichte dieser regionalen Arbeiterbewegung. Eine Gesamtgeschichte der Berliner und Branden-

burger Arbeiterbewegung steht dennoch nach wie vor aus.

Die Tagung soll einen Beitrag auf dem Weg hin zu einer solchen Gesamtgeschichte leisten. Sie bringt neuere Forschungen zu Aspekten dieser Geschichte zusammen und stellt sie zur Diskussion. Gemeinsam sollen die Ergebnisse auf regionale Besonderheiten bzw. übergreifende Gemeinsamkeiten hin befragt werden. Die Tagung, so das August Bebel Institut, wäge dabei einen Spagat zwischen „Schicksalen und Strukturen“. Sie widme sich zugleich der Frage, auf welche Weisen sich die Geschichte der Arbeiterbewegung aufarbeiten lässt.

Das August Bebel Institut lädt deshalb zur Einsendung von Beiträgen ein, die Institutionen, Strukturen, Kulturen und Kontexte beleuchten, in denen die Arbeiterbewegung in Berlin und Brandenburg handelte und lebte; das Handeln und die Erfahrung der Menschen, die in diesen Bewegungen eine Rolle spielten, in den Blick nehmen und bisher wenig berücksichtigte Aspekte der Geschichte der Arbeiterbewe-

gung in den Blick nehmen, etwa die Beteiligung von Frauen, (Post-)Migrant/innen und identitären Minderheiten; spezifische Quellen, Methoden oder Formate zur Forschung bzw. Aufbereitung der Geschichte der Arbeiterbewegung vorstellen (z.B. biographische Forschung, Web-basierte Projekte, Stadtführer).

Die Beiträge sollten sich auf die Geschichte der Arbeiterbewegung vor 1961 beziehen. Die Tagung richtet sich ausdrücklich sowohl an Forschende, die innerhalb als auch außerhalb von Hochschulen forschen. Wer Ergebnisse seiner/ihrer Forschung bei der Tagung vorstellen möchte, ist herzlich eingeladen, bis Mittwoch, 16. Oktober eine Zusammenfassung des Vortrags von bis zu 2.000 Zeichen einzusenden. Über die Annahme des Vorschlags informieren wir Sie bis zum 25. Oktober.

BS □

➔ Tagung des August Bebel Instituts, Müllerstr. 163, 13353 Berlin-Wedding, Leitung: Reinhard Wenzel, Politologe | Kontakt: Manuela Bauche, 030 – 4692 129, kontakt@august-bebel-institut.de



Glückwünsche für die gewählten Bundestagsabgeordneten: Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß überreicht am Montag zu Beginn der Landesvorstandssitzung Blumensträuße. Cansel Kiziltepe, ebenfalls gewählt, konnte aus termingründen nicht teilnehmen. Foto: Horb

Landesvorstand:

„Kein Regierungsauftrag“

SPD-Landesvorstand beschließt Thesen zum Wahlausgang

Der SPD-Landesvorstand hat am Montag die Ergebnisse der Bundestagswahl beraten und ein zweiseitiges Thesenpapier beschlossen, in dem Anforderungen an den innerparteilichen Diskussionsprozess formuliert werden. Inzwischen haben auch mehrere Kreisvorstände Beschlüsse gefasst (siehe auch S. 6).

Das Ergebnis, so der Landesvorstand in seinem Beschluss, zeige: „SPD und Grüne brauchen dringend eine Antwort auf die Demobilisierungsstrategie der Union und eine eigenständige Mehrheitsperspektive.“ Die Union habe nun den Regierungsauftrag. „Wir sollten uns diesmal - anders als 2009 - die notwendige Zeit für die Diskussion in den Gremien der Partei und mit den Mitgliedern nehmen und keine vorschnellen Entscheidungen treffen.“

In seinen Kurzthesen fordert der Landesvorstand deshalb „keine einsamen und handstreichartigen Entscheidungen“ zu treffen: „Wir erwarten, dass das Wahlergebnis und seine Auswirkungen in den Gremien ausgewertet und diskutiert werden und wir uns die dafür notwendige Zeit nehmen. Weitreichende Entscheidungen müssen in den zuständigen Gremien getroffen werden, außerdem sollten wir unsere Mitglieder direkt einbeziehen. Dafür haben wir mit den organisationspolitischen Neuerungen nach 2009 die Grundlagen geschaffen, indem der Parteivorstand aufgewertet, der Parteikonvent als neues beschlussfassendes Gremium eingeführt, der Bundesparteitag vergrößert und die Möglichkeiten der direkten Beteiligung unserer Mitglieder durch Mitgliederbefragungen und leichtere Mitgliederentscheide ausgeweitet haben.“

Die SPD habe sich mit dem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl als die Gerechtigkeitspartei positioniert. Sie habe auf Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt,

bei der sozialen Absicherung oder den öffentlichen Haushalten mit Kurskorrekturen reagiert, Rentenkonzept und Steuerkonzept entwickelt, in der Arbeitsmarktpolitik Korrekturen bei der Leiharbeit vorgenommen und das Bürgerversicherungsmodell weiterentwickelt. „Unsere Konzepte erfahren in der Bevölkerung viel Zuspruch“, heißt es im Beschluss. „Die SPD hat zu ihrer sozialdemokratischen Sprache zurückgefunden, wir haben in den Gewerkschaften, in sozialen und ökologischen Bewegungen oft wieder Verbündete gefunden. Die SPD ist heute wieder eine lebendigere und kampagnenfähigere Partei als noch 2009. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden. Wir haben vor der Wahl eine sozial gerechtere Politik versprochen. Das gilt nun auch nach der Wahl. Dennoch müssen wir uns programmatisch weiterentwickeln, um noch mehr Wählerinnen und Wähler zu erreichen.“

Angesichts des aktuellen Wahlergebnisses und der Festlegungen im Vorfeld sei eine rot-rot-grüne Koalition für 2013 keine ernsthafte Option. „Alles andere würde von den Wählerinnen und Wählern nun als Wortbruch wahrgenommen“, so der Landesvorstand. „Wenn wir allerdings den Anspruch nicht aufgeben wollen, in einer Koalition als stärkste Fraktion auch den Kanzler/die Kanzlerin zu stellen, brauchen wir eine realistische Machtoption. Wenn wir weiterhin eine Zusammenarbeit mit der Linken bereits vor der Wahl kategorisch ausschließen, wird am Schluss immer die Union als lachender Gewinner dastehen.“

Die SPD habe keinen Regierungsauftrag erhalten, heißt es im Beschluss. „Es ist nun an der Union, sich eine Mehrheit im Bundestag zu suchen. Bei den Kernpunkten sozialdemokratischer Politik sehen wir keine Übereinstimmungen mit der Union. Wir werden nicht Mehrheitsbeschafferin für eine schlechte Politik sein.“ **BS** □

FRAKTION INTERN

Hallenbäder länger geöffnet. Mit Beginn der Hallenbadsaison weiten die Berliner Bäderbetriebe ihre Öffnungszeiten erheblich aus. Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dennis Buchner, sagt: „Damit folgen die Bäderbetriebe unseren Anregungen, mit einer Ausweitung der Schwimmzeiten in die Abendstunden zusätzliche Besucherinnen und Besucher zu gewinnen.“ So bleibt etwa die Schwimm- und Sprunghalle im Europasportpark künftig unter der Woche bis 23.30 Uhr geöffnet, das Bad am Spreewaldplatz in Kreuzberg bis 22.30 Uhr, die Schwimmhalle im Ernst-Thälmann-Park bietet nun auch an den Wochenenden Öffnungszeiten bis 22 Uhr an und die Schwimmhalle in Buch wird künftig - vor allem für Familien geeignet - samstags von 10 bis 16 Uhr Schwimmhalle und Sauna öffnen. „Die deutliche Ausweitung der Öffnungszeiten in zehn Hallenbädern ist ein wichtiges Signal für die Sportstadt Berlin und ein erster Schritt dazu, die Berliner Bäder für die Berlinerinnen und Berliner noch attraktiver zu machen.“

Stadtteiltage im Oktober. Nikolaus Karsten lädt am 1. Oktober zu seinem Stadtteiltag in Prenzlauer Berg Ost ein. Am 14.10. macht Ole Kreins einen Stadtteiltag in Lichtenberg. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh tourt am 16.10. durch Spandau. Informationen zu den Programmen unter: www.spdfraktion-berlin.de oder www.facebook.com/spdfraktionberlin

Untersuchungsausschuss BER. Der Untersuchungsausschuss BER des Abgeordnetenhauses hat den Unternehmer Michael Zehden, Mitglied im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft unternehmerischer Sachverstand vertreten ist. Obwohl er sich externe Expertise eingeholt habe und zusätzlich als Vorsitzender des BFG-Aufsichtsrates für den Flughafen Tegel regelmäßig Eingaben zum Beispiel wegen Unzulänglichkeiten in TXL erhalten habe, sei ihm nicht ein Hinweis zugegangen, dass der Eröffnungstermin am 3. Juni 2012 nicht zu halten sein würde. Im Gegenteil, Geschäftsführung wie Berater schilderten den Termin als realisierbar. Noch in der letzten Sitzung des Aufsichtsrates am 20. April 2012 wenige Wochen vor der geplanten Inbetriebnahme gab es keinen Hinweis auf das Drama am Flughafen BER. In der Rückschau bewerte der Zeuge die Information und Unterlagen durch die Geschäftsführung als häufig unzureichend.“ **cs** □

Europawahl:

Druck von unten für die Sozialunion

Walter Edenhofer: Fakten, Trends und Strategien für das künftige Europa

Seit nunmehr 34 Jahren wirken direkt gewählte Abgeordnete und ihre Parteien am europäischen Integrationsprozess mit. Durch die erste Direktwahl 1979 und durch Vertragsänderungen seit den 1990er Jahren erhielten das Europaparlament und damit mittelbar auch die Parteien einen zunehmend größeren Stellenwert in der europäischen Politik.

Dennoch haben die Europawahlen nicht die Bedeutung wie die Wahlen nationaler Parlamente gefunden: Das Europaparlament hat keine regierungsbildende Funktion, seine Kontrollrechte sind eingeschränkt und es genießt keine entsprechende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Daraus ergeben sich unterschiedliche Konsequenzen für das Wahlverhalten, den Parteienwettbewerb und für die formulierten Politikziele.

Bei den Europawahlen entscheiden die Mitgliedsländer selbst über ihr Wahlsystem, weshalb es auch bei den siebten Europawahlen, die vom 22.-25. Mai 2014 stattfinden werden, kein einheitliches Wahlsystem geben wird. Der Kompetenzzuwachs des Europaparlaments konnte nicht verhindern, daß sich bei den vorausgegangenen Europawahlen nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben. Seit der ersten Europawahl 1979 bis 2009 ist die Wahlbeteiligung europaweit kontinuierlich von 63,0 auf 43,0 Prozent (in Deutschland von 65,7 auf 43,3 Prozent) gefallen.

WAHLKAMPF WIRD POLITISCHER

Als einer der Gründe für die Wahlabstimmungen werden immer wieder das „Demokratiedefizit“ der EU sowie das Fehlen länderübergreifender Listen und Spitzenkandidaten gesehen, die eine gesamteuropäische Personalisierung der Wahlen ermöglicht hätten. Als Ausweg aus diesem Dilemma haben nun die beiden größten Parteien, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) und die Europäische Volkspartei (EVP) angekündigt, daß sie vor der nächsten Europawahl jeweils einen Spitzenkandidaten für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten nominieren werden.

Mit einem bekannten Namen und einem konkreten politischen Programm könnte das den Wahlkampf politischer werden lassen als bisher und die Wähler mobilisieren, so die Überlegung. Für die Sozialdemokraten ist der derzeitige Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, dafür im Ge-



Europa muss zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik finden.

Foto: Kommunikationskombinat

sprach. Seine Kandidatur könnte dem Wahlkampf der Sozialdemokraten, die bei Europawahl 2009 nur 20,8 Prozent der gültigen Stimmen erhielten, spürbar Auftrieb geben.

WAHLEN IM ZEICHEN DER BESCHÄFTIGUNGSKRISE

Bei den vorangegangenen Europawahlen hat es in den Wahlprogrammen der Parteien immer wieder Verschiebungen in den Themenbereichen gegeben, von der Außenpolitik bis zur Wirtschaftspolitik. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß die Europawahlen 2014 ganz im Zeichen einer noch nie dagewesenen europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungskrise stattfinden werden.

Die Politik des von der Troika verordneten harten Sparkurses, vor allem gegenüber den südeuropäischen Ländern, hat Europa in eine tiefe wirtschaftliche Rezession gestürzt. Deren Folge tragen vor allem die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen Menschen. In Südeuropa ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt mehr als desolat. Mit 12,2 Prozent hat die Arbeitslosigkeit im Euro-Raum einen neuen Höchststand erreicht. In der gesamten Europäischen Union hatten im Mai 2013 fast 26,5 Millionen Menschen keine Arbeit.

Besonders dramatisch hoch ist die Jugendarbeitslosigkeit. Sie beträgt für die 17 Länder der Eurozone 23,8 Prozent. In dem

neuen EU-Land Kroatien beträgt die Arbeitslosigkeit unter jungen Erwachsenen 52 Prozent. Das ist hinter Griechenland mit 59,2 Prozent und Spanien mit 55,8 Prozent der dritthöchste Wert, noch vor Portugal mit 42,1 Prozent. Gleichzeitig erweist sich die Fiskalpolitik in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal als ein Angriff auf die Löhne, auf Sozialleistungen und das öffentliche Eigentum. Im Jahr 2011 waren 24 Prozent der Bevölkerung in der Euro-Zone von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Die sozialen Auswirkungen dieser maßgeblich von Bundeskanzlerin Merkel geprägten Politik wurden bei den Verhandlungen um den Fiskalpakt schlichtweg ignoriert.

VERTRAUEN IN EUROPA ERSCHÜTTERT

Die Wirtschafts- und Sozialkrise hat das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union nachhaltig erschüttert. Überall in Europa herrscht nach aktuellen Umfragen Verbitterung darüber, wie die EU-Politik mit dieser Krise umgeht. Am deutlichsten zeigt sich der Vertrauensverlust in Spanien. 72 Prozent der Befragten gaben an, der EU zu mißtrauen. Vor der Krise lag der Prozentsatz bei 23 Prozent. In Italien verdoppelte sich die Zahl der Euro-Skeptiker von 28 auf 53 Prozent. Auch in Frankreich ist das Mißtrauen gestiegen: 56 Prozent gaben an, sie würden der EU nicht mehr vertrauen.

Selbst in Deutschland ist das Vertrauen in die EU geschrumpft: Gaben vor fünf Jahren noch 56 Prozent der Deutschen an, sie würden der EU vertrauen, so sagten in der neuesten Umfrage 59 Prozent, sie neigten zum Mißtrauen. Die Europäische Union steht mit ihrer Politik für einen Großteil seiner Bürger - vor allem in den Krisenländern - nicht für Hoffnung, sondern für Hoffnungslosigkeit. Das wird nicht ohne Auswirkungen auf das Wahlverhalten und die Wahlergebnisse bleiben.

Hinter diesem dramatischen Vertrauensverlust steht das Verlangen der Bürger nach einer überzeugenden politischen und sozialen Alternative. Gebraucht wird eine gesellschaftliche Verständigung mit den Bürgern über vordringliche Gemeinschaftsaufgaben und sozialstaatliche Politik.

Im Zentrum sozialdemokratischer Europapolitik und Wahlkampfstrategie muß ein klares soziales und unverwechselbares Kontrastprogramm zur neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Uni-

Fortsetzung Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

onsparteien und deren Versagen bei der Bekämpfung der Wirtschafts- und Sozialkrise stehen. Zudem müssen Lösungen für die Bewältigung der Krise angeboten werden: Die Schaffung einer europäischen Sozialunion, deren Fundament eine soziale Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten bildet, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der hohen Jugendarbeitslosigkeit. Dazu gehören wirtschaftspolitische Maßnahmen und Investitionen, die aus der Rezession herausführen und zur Schaffung von neuen qualifizierten Arbeits- und Ausbildungsplätzen führen, bildungspolitische Programme und die Stärkung der dualen Berufsausbildung. Zu einem sozialen Europa gehören schließlich gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen am gleichen Ort, Vermeidung von Lohn- und Sozialdumping, Soziale Sicherheit, existenzsichernde Löhne, Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Tarifautonomie, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte.

AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSPOPULISTEN

Neben dem Ringen um ein soziales Europa geht es strategisch auch um die Auseinandersetzung mit den rechtsextremen und anti-europäischen Parteien und Bewegungen. Diese haben bei den letzten Europawahlen in mehreren EU-Staaten deutlich zugelegt. Die europäischen Rechtsaußenparteien sind untereinander so gut vernetzt wie nie. Sie bauen vor allem auf Europaskepsis, Europakritik und Nationalkonservatismus.

In Deutschland ist es die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die bereits zur Bundestagswahl am 22. September mit einem europakritischen Programm antrat. Selbst in einem bisher so europafreundlichen Land wie Holland äusserten im Juni 39 Prozent der Bevölkerung den Wunsch, aus der EU auszutreten. Es muß davon ausgegangen werden, daß sich antieuropäische Bewegungen und Parteien vor dem Hinter-

grund der Wirtschafts- und Sozialkrise weiter ausbreiten und bei den Europawahlen zulegen werden. Das wäre eine Gefahr für die Demokratie und politische Stabilität in Europa.

Die europäischen Eliten und neoliberalen Kräfte werden sich von der Notwendigkeit einer europäischen Sozialunion und eines sozialen Europas kaum überzeugen lassen. Sie brauchen Druck von unten. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im nächsten Jahr bieten die Chance, einen politischen Richtungswechsel herbeizuführen.

Wenn Europa nicht die Kraft aufbringt, mit seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung auch sozialen und demokratischen Fortschritt zu verbinden und sich den Menschen gemeinwohlorientiert nicht vermitteln kann, dann ist schwerlich zu erkennen, worauf es seine Zukunft und Legitimität gründen und wie es den Menschen Hoffnung geben will.

Walter Edenhofer □

GEDENKSTÄTTENFAHRT 2013**Mordechaj Gebirtig, der „Sänger der Not“**

Die Fahrt der Berliner SPD im November wird auch Einblick in das jüdische Polen bieten

Wer im November an der Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD nach Krakau und Auschwitz teilnimmt, wird in Krakau auch viel über das jüdische Polen erfahren, das bis zum Holocaust jahrhundertlang das Zentrum des europäischen Judentums gewesen ist. Die autonome jüdische Stadt Kazimierz (den Begriff des „Ghettos“ verwende ich in diesem Zusammenhang nur ungerne), war einmal ein kulturelles Zentrum des Judentums ersten Ranges. Alles Geschichte - den beachtenswerten Versuchen in den vergangenen Jahren, jüdisches Leben in Kazimierz auch für Touristen wieder erlebbar zu machen, zum Trotz.

Das jüdische Krakau ging in den Jahren 1941-1943 im Krakauer Ghetto unter. Auch der jüdische Volksänger Mordechaj Gebirtig gehörte zu den Opfern. Mit seinem Freund, dem Maler Abraham Neumann wurde er am 4. Juni 1942 im Rahmen einer der ersten „Aussiedlungs“-Aktionen im Krakauer Ghetto von SS-Männern erschossen. Noch in seiner Zeit im Ghetto schrieb er Lieder, die mit Hilfe von Freunden hinausgeschmuggelt werden konnten und so als ein unsterbliches Zeugnis für den Überlebenskampf des polnischen Judentums erhalten blieben. Besonders beeindruckend für mich sein Lied „In geto“ (im Ghetto), das die alltägliche Angst zum Ausdruck bringt, sowie als Ausdruck der Zuversicht: „Minutn fun bitochn“ (Minuten der Hoffnung).



Gedenktafel am Eingang zu Gebirtigs Wohnhaus in Krakau. *Quelle: Wikimedia*

Gebirtig wurde 1877 in Krakau geboren und arbeitete als Tischler. Im Gegensatz zur Mehrzahl der Krakauer Juden - diese unterschieden sich von den Juden in Warschau oder anderen Zentren des Judentums in Polen - sprach er nicht Polnisch, sondern jiddisch, die Sprache, die die Juden im Mittelalter aus ihrer alten deutschen Heimat mitgebracht hatten, als sie sich vor den dortigen Judenpogromen in das tolerante Polen in Sicherheit gebracht hatten. Seine Lieder sang Gebirtig zunächst für seine drei Töchter. Erst später trat er in Cafés und Restaurants öffentlich auf.

Zumindest in seiner Jugend war er Sozialist, Mitglied der jüdischen Arbeiterpartei „der Bund“. Diese war nur eine der verschiedenen linken Parteien des polnischen Judentums. Sein erstes veröffentlichtes Ge-

dicht „Der General-schtrajk“ erschien 1905 in der Krakauer Zeitung „Sozialdemokrat“.

Gebirtigs Lieder handelten vom Leben der einfachen Menschen. Das Lied „Der singer fun nojt“ (Der Sänger der Not) kann als eine Art Lebensmotto angesehen werden. Außerdem war die Sehnsucht nach der vergangenen Jugend ein immer wieder auftauchendes Thema. Sein heute bekanntestes Lied „S'brent, brider, s'brent“, der leidenschaftliche Aufruf, nicht passiv dabeizustehen, wenn das eigene „Schtetl“ abbrennt, sondern beim Löschen zu helfen, wurde zu einer Hymne des jüdischen Widerstands gegen den Holocaust. Es wurde bereits 1938 geschrieben, als Pogrome den wachsenden Antisemitismus in Polen der 30er Jahre offenkundig machten. Somit ist das Werk Mordechaj Gebirtigs wichtiger Teil des Erbes jüdischer Kultur in Polen und Europas - und ein Teil des sozialdemokratischen Erbes.

Michael Karnetzki □

➡ **Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD** vom 23. bis 25. November nach Krakau und Auschwitz, Busfahrt ab Berlin und zwei Übernachtungen in Krakau inkl. Halbpension, zum Preis von ca. 230 Euro. Mehr unter <http://www.spd-berlin/gedenkstaettenfahrt> oder unter 4692 - 266.

➡ **„S'brent, brider, s'brent!“** Lieder von Mordechaj Gebirtig, Einführung, Gitarre & Gesang: Michael Karnetzki, stellv. Bezirksbürgermeister Steglitz-Zehlendorf, Do 17. Oktober, 19-21 Uhr, Anmeldung bis 11. 10. beim August-Bebel-Institut: 4692 121.

Fotografie:

Ein ganz normales Leben

Ein opulenter Bildband zeigt Fotografien aus Ost-Berlin zwischen 1945 und 1990

Es ist ein gewichtiges Buch. Gut 3,4 kilo bringt es auf die Waage. Kein Wunder, es enthält ein ganzes Leben - das „Leben in Ost-Berlin“.

Die mehr als tausend Abbildungen spiegeln 45 Jahre Geschichte in der östlichen der beiden Berliner Stadthälften wieder, facettenreich und mit kurzen, pointierten Kommentaren von Jens Kegel zu acht thematischen Kapiteln vereint. Die Aufnahmen stammen aus dem Fundus der picture alliance, der Bildagentur der Nachrichtenagentur dpa, die mit zahlreichen weiteren Partneragenturen zusammenarbeitet, darunter akg-images, ein Archiv für Kunst und Geschichte, das etliche Bilder beisteuerte.

Aber dpa hatte 1991 auch Zentralbild übernommen, die Bildagentur der staatlichen DDR-Nachrichtenagentur ADN, die zentral und konkurrenzlos alle DDR-Zeitungen und Zeitschriften belieferte. Ein Großteil der Aufnahmen im Bildband stammt von ihren Fotografen. Deren Aufgabe beschrieb Walter Heilig, Bereichsleiter ADN-Zentralbild im Jahr 1959: „Auch der Bildreporter muss seine Arbeit als Funktionär der Partei betrachten.“

Was also ist Alltag, was Inszenierung des Lebens in Ost-Berlin? Und wieviel Leben blieb un fotografiert, weil es nicht in die Bildsprache der DDR-Medien passte? Was davon gleichen andere Quellen aus? Diese Fragen müssen sich die Betrachterin und der Betrachter beim Blättern durch das opulente Werk selbst beantworten.

Denn in dieser Frage bieten auch die Einführungsexte, die sachlich und informativ die Entwicklung der DDR in den verschiedenen Bereichen beschreiben, keine weiteren Hinweise. Eher knapp gehalten sind zudem die Bildunterschriften, sie geben kaum mehr als Ort und Jahr preis.

So ist der Band vor allem ein großes Fotoalbum zum Schauen, Staunen und Erinnern. Er zeigt die Ruinen, aus denen die Stadt aufersteht, die im Ostteil nicht anders aussehen als im Westen, er zeigt die Trümmerfrauen, die mühevolle Instandsetzung von Häusern, von zerbrochenen Schienensträngen. Vor übrig gebliebenen Fassaden spielen Kinder, Plakate und Transparente mit Appellen und Aufrufen ziehen ins östliche Stadtbild ein, die Bilder zeigen zupackende Menschen, den Verkauf von Strohschuhen, Massenaufmärsche. Und während die Bilder farbiger werden, werden die Inhalte schwarz-weiß. Der Wettkampf der Systeme nimmt Fahrt auf, Ost-Berlin muss der anderen Halbstadt, dem „Schaufenster des Westens“, etwas entgegensetzen.



Jens Kegel, *Leben in Ost-Berlin - Alltag in Bildern, 1945-1990*, Verlag Elsengold, ca. 480 Seiten, 24,3 x 33,7 cm, rund 1000 Abbildungen, Hardcover im Schuber, ISBN 978-3-944594-00-2, 49,95 EUR

Ein Kapitel widmet sich dem Konsum. Neben die Reportagefotografie, die die ersten Jahre dokumentiert, tritt die Inszenierung, die Modefotografie, die Präsentation von Waren, selbst wenn es sie manchmal gar nicht zu kaufen gibt. Aber auch beschlagnahmte Schieberwaren, der Andrang auf eine HO-Verkaufsmesse, der Laden mit den Fernsehgeräten in der Schönhauser - all das wird von den Fotografen eingefangen. Neuer Wohnraum entsteht, passend werden davor Kinderwagen geschoben, der Zukunft zugewandt.

Dem Thema Bauen und Wohnen ist ein eigenes Kapitel gewidmet. Junge Pärchen stoßen auf dem Neubau-Balkon miteinander an, die DDR-Fahne außen angehängt. Der Blick in eine Wohnung zeigt Frauen vor dem Fernsehapparat. Die Altbauten werden mühevoll saniert. Dazwischen ein Bild von einer gemeinsamen Weihnachtsfeier von Ost- und West-Berliner Familienmitgliedern - das nun allerdings nicht aus dem Bestand von Zentralbild. Ein Blick in eine Wohnung zeigt die Einrichtung der siebziger Jahre, Wohnzimmer, Kinderzimmer, Küche, die Mutter beim Abwasch. Eine Seite weiter: die Frau als Handwerkerin beim Streichen der Fenster, konzentriert, mit Kittelschürze. Bauen und Wohnen ist aber auch eine Geschichte der Sprengungen und des Abrisses und der Montage von Betonplatten. Während in Marzahn auf die Übergabe von Wohnungen angestoßen wird, rückt im Prenzlauer Berg der Zerfall

ins Bild. Eingefangen erst nach der Wende 1990.

Erziehung und Ausbildung ist ein weiteres der acht Themenkapitel gewidmet. Es zeigt vor allem Gruppenfotos, Pioniere bei der Zeugnisausgabe, Kinder beim Hiszen der Fahne, Schüler mit dem Karren bei der Altstoffsammlung, Jugendliche bei der NVA-Ausbildung, die allseitige sozialistische Persönlichkeit bildend. Manche Bilder zeigen nicht nur ein Stück DDR, sie waren auch nur in der DDR möglich. Die Aufnahmen des Kapitels „Aufmärsche und offizielle Feiern“ etwa. Auch wenn das Transparent gegen den Vietnamkrieg in der anderen Stadthälfte hätte hochgehalten werden können - hier sieht es einfach ordentlicher aus.

Die vielen oft großformatigen Bilder laden den Betrachter zum Verweilen ein, zum Beobachten der Szene oder der Gesichtsausdrücke. Es sind zum Teil wundervoll eingefangene Momente, wenn etwa die Anspannung im Gesicht eines kleinen Jungen sichtbar wird, der gleich ins Wasser springt, wenn Straßenszenen die Bewohnerinnen im Gespräch zeigen. Hoffnungen und Träume spiegeln sich in vielen Gesichtern. Und da gleichen die Aufnahmen sicher in vielem denen, die ein paar Kilometer weiter in der anderen Stadthälfte entstanden. Es sind Äußerlichkeiten, die die Zuordnung möglich machen.

Der Berliner Verlag „Elsengold“, zu dessen ersten Produktionen „Leben in Ost-Berlin“ gehört, hat jedenfalls einen imposanten Fotoband vorgelegt, der vielfältige Einblicke bietet, dabei in der Masse aber häufig das offizielle Bild und den gewünschten Eindruck zeigt, weniger die Nischen, die sich entwickelnde Protestszene. Ihnen ist - zusammen mit Aufnahmen der Mauer - ein vergleichsweise kleines Kapitel gewidmet.

Aber der Band macht Lust auf mehr. Und das will der Startup-Verlag, der Anfang des Jahres von Verleger Dirk Palm gegründet wurde, liefern. Sein Programmschwerpunkte soll auf illustrierten Sachbüchern über Berlin liegen. „Der Verlag möchte Berlinern, Berlin-Liebhabern und Touristen Leben, Alltag und Geschichte der deutschen Hauptstadt in Bild und Text vermitteln“, kündigte der Verleger an. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Frauenporträts. Der Name des Verlags lehnt sich an den Spitznamen der Berliner Siegestsäule („Goldelse“) an. Neben dem jetzt erschienenen Fotoband „Leben in Ost-Berlin“ sind zwei weitere Titel erschienen, für 2014 sind zehn Neuerscheinungen geplant. **Ulrich Horb** □

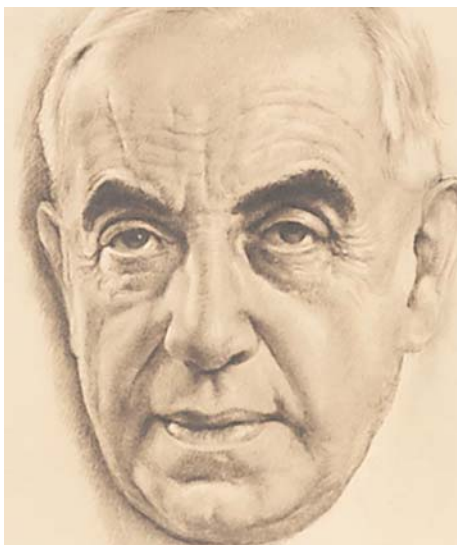
Gedenken:

Entscheidung über die Freiheit Berlins

Als die Berliner Kerzen ins Fenster stellten: Vor 60 Jahren starb Ernst Reuter

Ernst Reuter, so formulierte es Klaus Schütz in einem Rückblick, war ein überzeugendes Beispiel dafür, wie die Fähigkeiten eines Mannes ihre Zeit finden und wie die Zeit ihren Mann findet: „Genau dann, als es auf ihn ankam. Auf ihn zuerst und vor allem. Als auf den Straßen von Berlin buchstäblich über die Freiheit und damit über die Zukunft entschieden wurde. Nicht nur über die Freiheit und die Zukunft der Berlinerinnen und der Berliner. Denn sein Appell an die Völker der Welt, sie sollen auf Berlin schauen, um zu erkennen, dass hier nicht allein über diese Stadt, sondern dass hier über Wohl und Wehe der Menschen überall entschieden würde, war nur deshalb so erfolgreich, weil hinter diesem Aufruf mehr stand als der Freiheitsdrang Berlins. In den Jahren 1947 und 1948 ging es darum, den Völkern der Welt klar zu machen, dass an diesem herausragenden Ort dem Kommunismus in seiner stalinistischen Ausprägung widerstanden werden musste. Im Interesse und zum Wohle aller.“

Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister in einer der schwierigsten Zeiten Berlins, starb vor 60 Jahren - am 29. September 1953 - an den Folgen eines Herzinfarkts. Berlin trauerte um ihn in beeindruckender Weise. Die BERLINER STIMME berichtete am 3. Oktober: „In einer gewaltigen Kundgebung, wie sie an Größe in Berlin selten erlebt wurde, nahm am Donnerstagabend die Sozialdemokratische Partei und das sozialdemokratische Berlin Abschied von ihrem Ernst Reuter. Im Trauerhause, wo sich in der sechsten Abendstunde der Landesausschuß, die Fraktion des Abgeordnetenhauses, die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats, die Berliner SPD-Bundestagsabgeordneten und einige persönliche Freunde des Toten eingefunden hatten, würdigte sein Freund und Mitarbeiter, Senator Dr. Paul Hertz, die Persönlichkeit Ernst Reuters in einer kurzen Ansprache. Dann wurde der Sarg mit dem, was sterblich an Ernst Reuter war, in den von innen erleuchteten Wagen gesetzt, und geführt von einer starken Eskorte der motorisierten Verkehrspolizei setzte sich der Zug der Wagen von der sonst so stillen Bülowstraße in Zehlendorf aus in Marsch, um zum „Knie“ in Charlottenburg zu fahren, wo die Partei Abschied von ihrem teuren Toten nehmen wollte. Eine unübersehbare Menschenmenge hatte sich dort schon seit sechzehn Uhr versammelt. Mit dem Eintritt der Dunkelheit wurden in vielen der umliegenden Häuser brennende Lichter in die Fenster



Ernst Reuter.

Foto: BS-Archiv

„Eine Stadt trauert um ihren Vater“

Zum 60. Todestag von Ernst Reuter lädt die Stiftung Berliner Mauer am Sonntag, dem 29. September zu einer Gedenkveranstaltung unter dem Motto „Eine Stadt trauert um ihren Vater“.

Auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade 1948 appellierte der damalige Oberbürgermeister West-Berlins vor über 300.000 Menschen in seiner berühmten Rede an „die Völker der Welt“, die Stadt nicht preiszugeben. „Reuter traf in seinen Reden einen Ton, der die Berliner in ihrem Zusammenhalt stärkte und den antikommunistischen Konsens förderte“, heißt es in der Einladung. „Auf Grund seines kämpferischen Engagements entschieden sich die Westalliierten, ihre Berliner Sektoren vor dem Zugriff der Sowjets zu schützen. Im Ausland war Ernst Reuter zunächst bekannter als Bundeskanzler Konrad Adenauer.“ **BS** □

► Sonntag, 29.09.2013, 19.00 Uhr, Filmvorführung: Zusammenschnitt von Originalaufnahmen des Landesarchivs Berlin (ca. 15 Min); Kurzvortrag: Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Universität Potsdam; Podiumsdiskussion mit Edzard Reuter, Wolfgang Huber (Bürgermeister-Reuter-Stiftung), Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Moderation: Prof. Dr. Axel Klausmeier (Direktor Stiftung Berliner Mauer), Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119 / Ecke Gartenstraße, 13355 Berlin

gesetzt, einen feierlichen Anblick zeigend. Die Aula der nahegelegenen Schillerschule war hell erleuchtet, auf dem Platz selbst verbreiteten hohe Pylone und Fackeln ein gedämpftes Licht.“

Das „Knie“ in Charlottenburg ist der Platz, der heute nach Ernst Reuter benannt ist und an dessen Seite die Skulptur „Die Flamme“ des Bildhauers Bernhard Heiliger an den charismatischen Bürgermeister erinnert.

Ernst Reuter war mehr als einmal ein Glücksfall für die Stadt. Geboren am 29. Juli 1889 in Apenrade, wurde er 1912 Mitglied der SPD. Als überzeugter Sozialist verwundet in russische Kriegsgefangenschaft geraten, unterstützte er die Bolschewiki, wirkte schließlich als Volkskommissar im Siedlungsgebiet der Wolgadeutschen, gehörte dann von 1919 bis zu seiner Kritik an Praktiken der Partei und der Komintern und dem darauf folgenden Ausschluss 1922 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Einer seiner damaligen Gegner in der KPD war Wilhelm Pieck, der von 1949 an DDR-Präsident war.

Reuter kehrte über die USPD zur SPD zurück, die ihn 1926 als Stadtrat für das Verkehrswesen in Berlin aufstellte. Er schuf ein modernes Verkehrssystem für die wachsende Metropole, kommunalisierte private Bahnbetriebe, integrierte die S-Bahn, plante den Ausbau des U-Bahn-Netzes, band Straßenbahnen und Omnibusse ein und konnte 1929 mit der Gründung der BVG einen seiner größten Erfolge erzielen.

1931 wurde Reuter in Magdeburg als Oberbürgermeister gewählt, er gehörte ab 1932 dem Reichstag an. 1933 wurde er verhaftet, er erlitt bleibende körperliche Schäden, erst 1935 konnte er über Großbritannien ins Exil in die Türkei gehen, wo er im Wirtschafts- und im Verkehrsministerium arbeitete. Erst Ende 1946 erhielt er von den britischen Behörden die Genehmigung zur Rückkehr nach Deutschland. Wenige Wochen nach seiner Rückkehr wählten ihn die Berliner Sozialdemokraten wieder zum Stadtrat für Verkehr und Versorgungsbetriebe. Sein engagiertes Vertreten der Berliner Interessen führte zum Konflikt mit der sowjetischen Besatzungsmacht, die ihm die Bestätigung verweigerte, als er zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Für Reuter übernahm Louise Schroeder zunächst das Amt. Reuters Erfahrungen mit der KPD machten ihn zu einem entschiedenen Gegner einer Ausdehnung dieses Systems, die Westmächte rief er auf, zu Berlin zu stehen. Sein kämpferisches Engagement ließ die Berlinerinnen und Berliner zusammenstehen, als die Blockade begann. **BS** □

Gedenktafelenthüllung für Kurt Neubauer

Anlässlich des 150-jährigen SPD-Jubiläums in diesem Jahr lädt die SPD Friedrichshain-Kreuzberg am 15. Oktober 2013 um 17 Uhr am Boxhagener Platz zur Enthüllung einer Gedenktafel.

Die Tafel erinnert an den Berliner Stadtältesten, Senator und Bundestagsabgeordneten, Kurt Neubauer, an das SPD- und AWO-Kreisbüro am Boxhagener Platz sowie an den dortigen Besuch von Willy Brandt am 25. August 1960. Rund ein Jahr vor dem Bau der Mauer war der Besuch ein Signal der Verbundenheit mit den Ost-Berliner SPD-Mitgliedern, die unter schwierigen Bedingungen ihrer Partei die Treue hielten. Ein Grußwort spricht Jan Stöß, Landesvorsitzender der SPD Berlin, die Festrede hält Ralf Wieland, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. **BS** □

➔ Café im Pavillon am Boxhagener Platz, Grünberger Straße / Ecke Gärtner Straße, 10245 Berlin-Friedrichshain,

AWO sucht bunte Ideen

Neuer Wettbewerb zu Inklusion für Kinder und Jugendliche

Die AWO ruft zusammen mit der „Aktion Mensch“ bundesweit Kinder und Jugendliche auf, bis Ende November 2013 am Wettbewerb „InklusivKreativ“ teilzunehmen.

Unter www.inklusivkreativ.de können Schulklassen sowie Kinder- und Jugendgruppen aus ganz Deutschland ihre Ideen für eine inklusive Gesellschaft einreichen. In den Kategorien Text, Bild und Film können die Gruppen zeigen, was Inklusion für sie bedeutet und wie ein selbstverständliches Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung im Alltag aussehen kann. Der Wettbewerb richtet sich an Kinder zwischen zehn und 13 und Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Als Hauptpreis winkt in jeder Altersstufe jeweils eine Gruppen- oder Klassenfahrt.



Den teilnehmenden Gruppen sind bei der Umsetzung ihrer Einreichungen keine Grenzen gesetzt. Ob Fotocollagen, Reportagen, Blogbeiträge, Kurzfilme oder Audioclips, alle Beiträge können bis zum 30. November 2013 in digitaler Form auf der Wettbewerbswebseite hochgeladen werden.

Interessierte können sich die Beiträge online ansehen und für ihren Favoriten abstimmen. Eine inklusive Jury aus Menschen mit und ohne Behinderung entscheidet abschließend über die kreativsten Einreichungen. Die Gewinnerbeiträge werden in einer Publikation zum Thema Inklusion veröffentlicht.

Berit Gründler □

AWO-Bundesverband e. V., Leiterin Kommunikation, Blücherstraße 62 - 63, 10961 Berlin

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

T ERMIN E

■ 29.09.2013, 14:00 - 15:30, SPD Parteivorstand und SPD Berlin, **Kranzniederlegung am Grab von Hugo Haase - mit Jan Stöß**, Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Gudrunstraße, 10365 Berlin

■ 29.09.2013 um 19:00 Uhr, Stiftung Berliner Mauer, „**Eine Stadt trauert um ihren Vater – zum 60. Todestag von Ernst Reuter**“, Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Straße 119 /Ecke Gartenstraße, 13355 Berlin

■ 03.10.2013, 16:00 - 18:00 SPD Steglitz-Zehlendorf - 6oplus + Abt. Seenplatte **Festveranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit**, Festredner: Steffen Reiche, Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR, SDP, ehem. Landesvors. der SPD Brandenburg, Minister a.D., MdB. a.D., Die Deutsche Einheit, die Europäische Einigung und der Weg der Globalisierung. Grußworte: Michael Karnetzki, stellv. Bezirksbürgermeister, Heidemarie Fischer, stellv. Vorsitzende AG 60 plus Berlin, Mittelhof Zehlendorf, Königstraße 41, 14163 Berlin

■ 05.10.2013, 10:00 - 12:00 SPD Rixdorf, Frühstück und Information für Arbeitslose, mit Kirsten Flesch, Mda, Kiosk am Reuterplatz

■ 08.10.2013, 19:30, **Schwusos Neukölln, Stammtisch**, Pape's Gasthaus, Sonnenallee 127, 12059 Berlin

■ 09.10.2013, 19:00 - 21:00, Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Technologie - **AG Kreativwirtschaft**, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

■ 10.10.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Was ist wirtschaftspolitisch jetzt notwendig?** Referent: Heiner Flassbeck, Herrenhaus Domäne Dahlem, Königin-Luise-Straße 49, 14195 Berlin

■ 13.10.2013, 10:00, SPD Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen mit Senator Michael Müller zum Thema Daseinsvorsorge**. Der Senator für Stadtentwicklung und Umwelt Michael Müller ist Gast des nächsten Politischen Frühschoppens der SPD Treptow-Köpenick im Ratskeller des Rathauses Köpenick (Alt-Köpenick 21). Er spricht zum Thema „Ein Stück soziale Gerechtigkeit - Den Einfluss des Staates bei Unternehmen der Daseinsvorsorge stärken (Wohnungsbaugesellschaften, Wasserbetriebe, Energieversorgung)“. Eintritt und erstes Getränk frei.

■ 14.10.2013, 18:00 - 20:00, Friedrich-Ebert-Stiftung, **Land im Aufbruch - Brasiliens Widersprüche**, Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2, Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin. Teilnahme bitte anmelden unter <http://www.fes.de/oas/portal/pls/portal/showvera.anmelden?Veranummer=169888>

■ 16.10.2013, 16:00 - 17:00, **Sprechstunde Dr. Ina Czyborra, Mitglied des Abgeordnetenhauses**, Steglitz-Zehlendorf, Dahlem, Krumme Lanke, AWO Kreisbüro, Mörchinger Str. 116, 14163 Berlin

Was bleibt nach der Wahl?

Das August Bebel Institut lädt am 2. Oktober zu einer Nachlese der Bundestagswahl.

Was bleibt nach der Wahl vom Wettstreit der Parteien um das beste soziale Profil? In seiner Wahnachlese blickt das August Bebel Institut in einer detaillierten Analyse auf das Wahlverhalten unter anderem der Arbeiterschaft und des (post-)migrantischen Berlins sowie auf ihre Bewertungen des Wahlausgangs. Wer schenkte welchem/r Spitzenkandidat/in sein/ihr Vertrauen? Wie steht es nach der Wahl um soziale Gerechtigkeit? Wie um die Idee eines solidarischen Europas? Wie stark sind rechtspopulistische Tendenzen?

Was bleibt nach der Wahl? Mi 2. Oktober, 18–20 Uhr. Mit: Oskar Niedermayer, Professor für Empirische Politische Soziologie, FU Berlin; Hakan Demir, Herausgeber des Online-Magazins „Migazin“, Anmeldung unter 4692 121/122

■ 16.10.2013, 20:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Bericht aus Ägypten mit Peter Senft**, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 17.10.2013, 18:00, SPD Treptow-Köpenick, **Kreisvollversammlung zum Leittrag Gerechte Sozialpolitik**, Alte Schule Adlershof, Dörpheldstr. 56, 12489 Berlin

■ 18.10.2013, 11:00 - 12:00, **Sprechstunde Brigitte Lange, Mda** - Reinickendorf - Märkisches Viertel / Lübars, SPD Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Bitte vorab Termin vereinbaren unter Telefon 030/40 91 48 89 oder mail an buero@brigitte-lange.de

■ 18.10.2013, 15:00 - 16:30, **Sprechstunde Franziska Becker, Mda**, Café des Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

■ 19.10.2013, 14:00 - 21:00, Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur e. V. + Fachausschuss Internationales, **Einladung zum traditionellen Opferfest**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Anmeldung erbeten unter rahimsafi@t-online.de

■ 02.11.2013, 09:00, **SPD Berlin, Landespartei-tag / Landesvertreterversammlung**, Berliner Congress Centrum (BCC), Alexanderstr. 11, 10178 Berlin Planung: Zu einem Landespartei-tag und einer Landesvertreterversammlung lädt die Berliner SPD am 2. November 2013 in das Berliner Congress Center (BCC) am Alexanderplatz. Antragsschluss für den Landespartei-tag ist am 7. Oktober 2013 (verkürzt). Auf der Tagesordnung der Landesvertreterversammlung steht die Wahl der Delegierten für die Bundesdelegiertenkonferenz zur Europawahl, die am 16. November in Leipzig geplant ist.

■ Termine unter www.spd-berlin.de/termine

K REISBÜROS

Hier finden Sie die Kreisbüros der Berliner SPD mit den aktuellen Öffnungszeiten:

■ **Mitte**, Clarissa de Sielvie, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Tel.: 4692 130/131, Fax: 4692 136. Sprechzeiten: Montag 12-16 Uhr, Mittwoch 11-15 Uhr, Donnerstag 11-14.30 Uhr, Freitag 9-13 Uhr, E-Mail: mitte@spd-berlin.de

■ **Friedrichshain-Kreuzberg**, Yasemin Gürbüz, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin, Tel.: 291 25 78, Fax: 2757 3660, Mo. 9.30-15, Di. 9.30-18.00, Mi 9.30-18, Do 9.30-14.30, Fr. 10-14, Mail: Yasemin.Guerbuez@spd.de,

■ **Pankow**, Jens Peter Franke, Berliner Straße 30, 13189 Berlin, Tel.: 9620 9660, Fax: 9620 9661, Montag 10-13 und 15-17, Dienstag n. Vereinb., Mittwoch 15-17 Uhr, E-Mail: pankow@spd-berlin.de

■ **Charlottenburg-Wilmersdorf**, Isabel Herrmann, Otto-Suhr-Allee 100, Raum 125a, 10585 Berlin Tel.: 86313875, Fax: 86313876, Di 15-17 Uhr, Mi und Do 10–12 Uhr, E-Mail: Isabel.Herrmann@spd.de

■ **Spandau**, Gabi Stern, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin, Tel.: 333 71 65, Fax: 333 98 67, Mo 12–18 Uhr, Do 10–16 Uhr, Freitag 12–16 Uhr, E-Mail: Kreis.Spandau@spd.de

■ **Steglitz-Zehlendorf**, Mirjam Golm, Thaliaweg 15, 12249 Berlin Tel.: 7667 9854, Fax: 7667 98 56, Mo, Mi u. Do 10-13 Uhr, E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@spd-berlin.de

■ **Tempelhof-Schöneberg**, Lena Heinze-Berg, Hauptstr. 100, 10827 Berlin, Tel.: 781 22 83, Fax: 7800 1217, ab 22.9.: Mo 10-13 Uhr, Mi 11-14 Uhr, Fr 15-18 Uhr, E-Mail: Lena.Heinze@spd.de

■ **Neukölln**, Yvonne Opprower, Sonnenallee 124, 12045 Berlin, Tel.: 687 21 59, Fax: 686 80 82, Mo., Mi., Do. 14-18 Uhr, E-Mail: Yvonne.Opprower@spd.de

■ **Treptow-Köpenick**, Gabi Schmitz, Grünauer Straße 8, 12557 Berlin, Tel.: 657 24 54, Fax: 631 0775, Dienstag 14-18 Uhr, Donnerstag 9-12 Uhr und 13-15 Uhr, Freitag 9-12 Uhr sowie nach Vereinbarung, E-Mail: trep-tow-koepenick@spd-berlin.de

■ **Marzahn-Hellersdorf**, Enrico Stölzel, Blumberger Damm 158, 12679 Berlin, Tel.: 9940 1015, Fax: 9940 1016, Montag 14-18, Dienstag 10-16 Uhr, Donnerstag 14-18 Uhr, Freitag 13-15 Uhr, E-Mail: Info@spd-marzahn-hellersdorf.de

■ **Lichtenberg**, Andreas Büchner, Rathausstr. 7, 10367 Berlin, Tel.: 9760 6730, Fax: 9760 4664, Montag 15-18 Uhr, Donnerstag 10-14.30 Uhr, E-Mail: Andreas.Buechner@spd.de,

■ **Reinickendorf**, Susanne Fischer, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Tel.: 411 70 36, Fax: 414 67 27, Montag, Dienstag & Freitag 14-18 Uhr, E-Mail: kreis.reinickendorf@spd.de

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Gute Nacht mit Büchern

24. Oktober: Lange Nacht der Bibliotheken

40 Berliner Bibliotheken laden am 24. Oktober 2013 zur Langen Nacht der Bibliotheken ein. Stadt- und Schulbibliotheken, sowie Hochschul- und Fachbibliotheken bieten ein spannendes und unterhaltsames Programm: Lesungen und Vorträge sowie Führungen, Performances und Live-Musik verweisen auf die vielfältigen Angebote, mit denen das weit verzweigte Netz der Bibliotheken tagtäglich zum kulturellen Leben der Stadt beiträgt.

Höhepunkte der diesjährigen Langen Nacht der Bibliotheken finden u.a. an der Technischen Universität und der Staatsbibliothek statt. Das Volkswagen-Haus der TU Berlin bietet viele spektakuläre Aktionen. So dient in der Game Lounge der eigene Körper als Controller und das Gaming als Basis für neue Lern- und Arbeitswelten, während im experimentellen Sound-Setup Republic 111 MusikerInnen über vernetzte Rechner gemeinsam in Echtzeit neue Klänge programmieren.

Die Staatsbibliothek gewährt einen Blick in ihre Restaurierungswerkstätten und erklärt im Rahmen einer Mitmach-Aktion die vielfältigen Arten, Papier herzustellen und zu bearbeiten. Darüber hinaus werden Interessierte unter dem Titel „Vom Buch zum Byte“ durch das Digitalisierungszentrum des Hauses geführt.

Für Bewegung sorgt die hdpk Hochschule der populären Künste mit ihrer Silent Disco. Die Musik kommt aus dem Kopfhörer, die Zuhörenden können per Umschaltfunktion zwischen zwei wetteifernden DJs wählen und zu ihrem Lieblingssound in der Bibliothek tanzen.

„Typisch Berlin“ lautet das Motto in den Berliner Stadtteilbibliotheken. Während die Journalistin Mely Kiyak ihre schönsten Kolumnen aus der Berliner Zeitung und Frankfurter Rundschau unter dem Titel



Teil der Landesbibliothek: die Gedenkbibliothek am Halleschen Tor. Foto: Horb

„Briefe an die Nation und andere Ungeheimheiten“ in Steglitz präsentiert, erzählt die Autorin Maria Kiesow in Treptow mitreißende Geschichten aus 100 Jahren Clärchens Ballhaus. In der Zentral- und Landesbibliothek in Mitte entführt rbb-Moderator Knut Elstermann alle Interessierten auf seiner persönlichen Zeitreise nach Prenzlauer Berg in die Winsstraße.

Kinder und Jugendliche können in der Langen Nacht der Bibliotheken an einer Vielzahl von Veranstaltungen mitwirken: In der Schulbibliothek des Charlottenburger Gottfried-Keller-Gymnasiums entscheidet ein Büchercasting über das beste Buch.

Darüber hinaus wird das Projekt „BücherboXX“ vorgestellt, das alte Telefonzellen zu Straßenbibliotheken macht. Der Journalist und Lektor Harald Kiesel präsentiert seine Buchreihe „Willi will's wissen“ in Steglitz, wo Kinder in die Rolle eines Reporters schlüpfen und viele Fragen an den Autor stellen können. Und in der Reinickendorfer Humboldt-Bibliothek zeigt das Marionettentheater Kaleidoskop das Stück „Die Schöne und das Tier“. **PM** □

Das Programm unter: <http://www.lange-nacht-der-bibliotheken.de/>

KULTURTIPPS

Krisenzeiten in der Mediengalerie.

Bis zum 31. Oktober 2013 zeigen 12 Künstlerinnen und Künstler der Fachgruppe Bildende Kunst in der Gewerkschaft ver.di ihre Arbeiten zum Thema „Krisen Zeiten“ in der Mediengalerie, Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U-Bahnhof Platz der Luftbrücke).

Der Begriff „Krise“ ist in aller Munde. Er wirkt beinahe abgedroschen, wäre er nicht so ernst, so existenziell, so bedrohlich. Begriffe wie Wirtschaftskrise, Finanzmarktkrise, Werteverlust – im einen wie im anderen Sinne – ganze Länder scheinen in ihr zu versinken, Menschen verlieren ihr Hab und Gut, ihr Leben, ihre Lieben. Von heute auf morgen, von jetzt auf gleich. Krisen sind von vielfältiger Struktur und allgegenwärtig. Sie erschüttern unser Leben: ganz klein oder ganz groß.

Die meisten Bilder, die zum Thema „Krisen Zeiten“ ausgestellt werden, bedürfen nicht unbedingt eines Titels, um ihre Aussage zu erfassen. Beteiligt sind die Künstlerinnen und Künstler Heike Burghardt, Gudrun Fischer-Bomert, Andreas Haltermann, Klaus Hochhaus, Andreas A. Jähnig, Karoline Koepfel, Gotthard Krupp, Ulf Püschel, Dieter Ruckhaberle, Gerdi Sternberg, und Barbara Salome Trost. **BS** □

Die Öffnungszeiten der Mediengalerie sind: Montag und Freitag 14.00 bis 16.00 Uhr, Dienstag 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstag 14.00 bis 19.00 Uhr.

Filmcafé. Am 2. Oktober um 14 Uhr laden AWO und Humanistischer Verband wieder ein zu Kaffee und Kuchen und einer Filmvorführung im Cinemaxx am Potsdamer Platz. Gezeigt wird der Film „König von Deutschland“ mit Olli Dittrich. Das Filmcafé findet jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

Karten (incl. Kaffee und Kuchen) ab 8 Euro, Reservierungen bei der AWO unter 030 8459 2114, beim HVD unter 030 613 90 415